Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren:
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonne
 je Zeile und deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigensprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 21. Dezember 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Katastrophe auf dem Pfandbriefmarkt.

Im August machte die „Frankfurter Zeitung“ zum erstenmal auf eine Reihe von Manipulationen aufmerksam, welche die Preussische Hypothekbank und die Deutsche Grundschuldbank in Berlin sich hatten zu Schulden kommen lassen. Außer ihrer zu engen gegenseitigen Verschwägerung wurde den beiden Banken auch eine zu große Intimität mit industriellen Gesellschaften vorgeworfen. Die Direktionen der beiden Banken, als deren Seele der Kommerzienrat Sanden zu bezeichnen ist, schwiegen zunächst zu diesen Angriffen und ließen sich erst auf mehrfachen Drängen im Oktober zu einer nichtsagenden Erklärung herbei, die in der Öffentlichkeit als ein Eingeständnis der schwierigen Situation der beiden Banken ausgelegt wurde.

Schon am 19. Oktober war das Angebot von Aktien und von Pfandbriefen der beiden Banken an der Börse derart stark, daß ihr Kurs gestiegen werden mußte. Das Aktienkapital der preussischen Hypothekbank bestand zur Zeit, als die Krise eintrat, aus 21 Millionen Mark vollgezählter und 4,9 Millionen mit 50 Proz. eingezahlter Aktien. An Pfandbriefen waren am 31. Dezember 1899 356 890 900 M. im Umlauf. Das Kapital der deutschen Grundschuldbank beträgt 10 Millionen Mark, der Pfandbrief-Umlauf war am 31. Dezember 1899 laut Bilanz 98 582 700 M. Sobald das Kapitalistenpublikum erkannt hatte, daß bei den beiden Banken starke Verluste zu erwarten waren, ergriff den gesamten Pfandbriefmarkt alsbald eine lebhafteste Beunruhigung, die sich in steigendem Angebot von Pfandbriefen zu erkennen gab. Diese Papiere wurden in solchen Massen an den Markt geworfen, daß am 11. Dezember z. B. die Pommersche Hypothekbank-Aktienbank sich außer Stande erklärte, die an den Markt kommenden eignen Werte weiterhin aufzunehmen und dadurch den Kurs zu halten. Fast jede Woche seit Ausbruch der Krise hat eine neue Verschärfung der Situation gebracht, namentlich wurde immer gewisser, daß die Verluste bei der Preussischen Hypothekbank-Aktien- und der Deutschen Grundschuldbank enorme sein würden.

Noch heute ist die Geschäftsführung der beiden Banken nicht so weit aufgeklärt, daß man den Umfang und die Ursachen des Schadens genau übersehen könnte. Fest steht, daß eine leichtsinnige Risikowirtschaft getrieben worden ist. Behauptet wird sogar, daß einzelne zur Verwaltung gehörende Persönlichkeiten Geschäfte gemacht haben, aus denen sie zwar große persönliche Gewinne gezogen haben, die aber für die Unternehmen selbst keinen Nutzen, dagegen um so größere Verluste gebracht haben. In welcher Weise gewirtschaftet wurde, geht daraus hervor, daß rückständige Zinsen in Hypotheken umgewandelt und auf Grund dieser Hypotheken neue Pfandbriefe ausgegeben wurden. Bei einer derartigen geschäftlichen Manipulation muß ja der Krach eintreten. Noch verwirrender war aber die Verbindung der Banken mit industriellen Unternehmungen und Terraingesellschaften, die der Spekulation fröhnten. Die Geschäftsführung und die einzelnen Geschäfte selbst bieten ein solches Bild der Verwirrentheit dar, daß die Verwaltungsorgane der Banken selbst nicht einmal in der Lage sind, die Verhältnisse klarzustellen. Dabei war der spiritus rector dieser unsoliden Geschäftsführung ein Mann, der in der Öffentlichkeit bisher das höchste Ansehen genoss. Kommerzienrat Sanden war, in höchsten Kreisen sehr beliebt und wohlgeachtet. Er ist der Stifter eines Altarbildes, der Geldgeber für den Bau einer Kapelle bei Potsdam, war bei Kollektiven für Kirchenbauten stets an der Spitze und lehrte auch gelegentlich den Antisemitismus heraus. Als der Krach begann, soll er noch gesagt haben: „Die Juden verderben meine Banken.“ Wenn wir uns nicht ganz irren, war der Kommerzienrat Sanden auch als Sachverständiger in dem Prozeß gegen die Direktoren und den Aufsichtsrat der National-Hypothekbank-Kreditgesellschaft in Stettin zugezogen.

Die Krise auf dem Pfandbriefmarkt trifft in erster Linie das Kapital. Die Pfandbriefe der Preussischen Hypothekbank-Aktien- und Deutschen Grundschuldbank sind vornehmlich beim kleinen Kapitalistenpublikum in der Provinz untergebracht. Wie stark die einzelnen interessierten Kapitalbesitzer geschädigt werden, hängt von der weiteren Entwicklung der Krise ab. Die Vorkommnisse im Hypothekbankgeschäft zeigen aber jetzt schon, daß das im vorigen Jahr geschaffene Hypothekbankgesetz durchaus unzureichend zur Sicherung der Pfandbriefbesitzer ist. Wie aus einer Erklärung der Pommerschen Hypothekbank hervorgeht, machen zahlreiche Hypothekbanken, nicht nur die beiden Banken, mehr oder weniger Geschäfte, die einer soliden Hypothekbank nicht zukommen. Namentlich stehen die Direktoren gerne mit Immobilien- oder Baugesellschaften in Verbindung oder sind doch bei solchen beteiligt. Es kommt ferner vor, daß bei Beleihung von Grundstücken direkt oder indirekt Grundstücke in Zahlung gegeben werden. Es werden ferner Grundstücke durch Strohmänner oder besonders gebildete Gesellschaften erstanden, um nicht selbst als Käufer aufzutreten. Es werden ferner Theater, Hotels, Warenhäuser, Garküchen, Fabrikgebäude und dergleichen Objekte beleihen — kurz und gut, es werden Geschäfte gemacht, die sich mit dem strengen Charakter der Hypothekbanken nicht

vereinigen. Aus diesem Grunde ist das im Hypothekbankengesetz festgestellte Aufsichtsrecht des Staats vollkommen ungenügend. Das Aufsichtsrecht ebenso wie die Institution des Treuhänders hat im Publikum die irrende Meinung erweckt, als ob dadurch Garantien zum Schutze der Pfandbriefgläubiger gegeben wären. Das ist keineswegs der Fall. Schneller als man erwarten konnte, zeigt sich nun die Nichtigkeit der bei der Beratung des Hypothekbankgesetzes von socialdemokratischer Seite ausgesprochenen Ansicht, daß der Staat konsequenterweise die Verpflichtung zur Aufsicht hätte übernehmen müssen. Auch im vorliegenden Falle greift der Staat erst wieder ein, nachdem die kolossalen Verluste schon eingetreten sind. Dabei hat sich herausgestellt, daß in Bezug auf die Revisions- und Aufsichtsinstanzen ein solcher Wirrwarr von Kompetenzen herrscht, daß eine gründliche einheitliche Revision beinahe unmöglich gemacht wird. Bis jetzt sind nicht weniger als 12 Organe mit der Untersuchung und Ordnung der Verhältnisse der beiden Banken beschäftigt gewesen. Darunter unter anderem die Treuhänder, der Bankinspektor der Regierung, die von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission, die auf Grund des Hypothekbankgesetzes gewählten Vertreter der Besitzer von Pfandbriefen zc. zc. Alle diese Organe haben verschiedene Erklärungen abgegeben, die den Wirrwarr noch größer machen, als er schon ist. Durch diese Art der Aufsicht und Kontrolle wird die Beunruhigung auf dem Pfandbriefmarkt noch verstärkt, keineswegs abgeschwächt.

Die Krise auf dem Pfandbriefmarkt hat aber für uns noch ein weit näherliegendes Interesse. Die an und für sich schon ungünstige Lage des Baugewerbes wird durch sie weiter verschlechtert, indem die Beschaffung von Geld für Baugewerke teilweise unterbrochen wird, jedenfalls aber in seinem Gesamtumfang eine Erlahmung erfährt. Die Ausgabe von Pfandbriefen wird um so schwieriger, je beunruhigter das Publikum und je weniger es zu bewegen ist, in Pfandbriefen sein Geld anzulegen. Ist aber die Ausgabe von Pfandbriefen den Hypothekbanken erschwert, so sind sie auch nicht mehr in der Lage, die Gewährung von Darlehen in dem bisherigen Umfang fortzusetzen. Die Beleihung von Grundstücken und Bauten geht zurück, und darunter leidet das Baugewerbe. Am härtesten davon betroffen ist der Berliner Baumarkt; die Arbeiter, die dem Baugewerbe angehören, gehen daher Zeiten entgegen mit stark verminderter Arbeitsgelegenheit. War schon bisher das Baugeschäft stark im Nachlassen, so bedeutet dieser neue Schlag eine direkte Krise. Aber noch von einem anderen Gesichtspunkt ist die Einwirkung der Vorgänge auf dem Pfandbriefmarkt für die Arbeiter beachtenswert, nämlich von dem der Wohnungsfrage. Wenn schon gegenwärtig die Zahl der Wohnungen, namentlich für die Arbeiter in Großstädten, viel zu gering ist und dazu nun noch kommt, daß die Baukunst in einem unerwartet hohen Grade gelähmt wird, so entsteht dadurch ein Mißverhältnis zwischen Wohnungsfrage und Angebot, das in kommenden Jahre nicht nur zu einer weiteren Steigerung der Wohnungsmieten, sondern auch zu einem bösen Wohnungsmangel führen wird.

Vielfach steht man in Arbeiterkreisen den Vorgängen am Geldmarkt mit einer gewissen Gleichgültigkeit gegenüber, indem man glaubt, daß es sich doch nur immer um den gegenseitigen Streit von Kapitalisten handle. Das ist aber keineswegs der Fall. In welcher einschneidender Weise Vorgänge am Geldmarkt auch auf die Interessen der Arbeiter zurückwirken, das lehrt wiederum einmal in recht unerfreulicher Weise die Krise am Pfandbriefmarkt.

Das Bank-Panama.

Es bedt in der Welt der Kapitalismus. Überall bringen die ellen Geschwüre der Korruption an die Oberfläche. Die moralischen und materiellen Zusammenbrüche drängen sich. Der Fall Posadowsky, Sternberg, das englische Gold, der Bankkrach — das kapitalistische System deckt seine Blößen auf. Die Sittlichkeit, die Graf Bülow aus der Politik wies, hat überhaupt in den Geschäften der Bourgeoisie nichts zu suchen. Nicht nur in Kaufmann giebt es keine Moral, wie ein Führer der sächsischen Antisemiten stolz verkündete, die ganze kapitalistische Gesellschaft hat nichts mit der Moral zu thun, es sei denn, daß sie als möglich leuchtende Laterne benutzt wird, um die Dummheit und Unerlebenslust zu locken.

Die nüchtern rechnende Realpolitik, die unser Reichkanzler als den feinsten Extrakt aller staatsmännischen Weisheit pries, tobt scharfenlos in den Beziehungen der Völker untereinander, aber sie gilt auch in dem finanziellen Betriebe innerhalb der Nation, die Raub- und Weltpolitik beherrscht auch den inneren Markt, sie ist nicht bloß Exportware. Freilich giebt es für die wirtschaftliche Realpolitik im Innern eine lästige Schranke, die wirke internationalen Beziehungen nicht stört: Das Straßengesetz. Der aus der moralischen Staatsmannschaft scharf gewiesene Sittensrichter dringt als Staatsanwalt und Kriminalrichter mit seinen „sentimentalen“ Anordnungen wieder ein und fällt dem heiligen Recht des Stärkeren, d. h. des Gemeineren, Brutaleren, Reicherer in den Arm.

Wisweilen aber läßt auch dieser juristische Störenfried der Geschäfte fördernden Realpolitik merkwürdig lange auf sich warten. Seit Wochen ist die Öffentlichkeit von dem großen Bankandal erfüllt, den wir im obigen skizzierten. Wo war der Staatsanwalt, der

die allzu realpolitischen Macher festnahm? Die Redaktionen wurden mit anonymen Zuschriften überflutet. Man erzählte uns, daß der edle Kommerzienrat Sanden unbeteiligt bliebe, weil er mit dem Hofe zusammenhänge, weil er der Intimus des Reichskanzlers Bülow sei, des Kampfherrn der Kaiserin, der den frommen Bankdirektor für einen untadeligen Ehrenmann und die Socialdemokraten für Rhinogerosse hält. Man schrieb sich das Wort von den Kleinen Dieben zu, die man hänge.

Jetzt nun ist nach reiflicher Ueberlegung die Staatsanwaltschaft eingeschritten und hat damit den böswilligen Verdächtigungen der Boden entzogen. Das Gaunernest der sehr Frommen und sehr Vornehmen ist aufgehoben worden. Kommerzienrat Eduard Sanden, der leitende Geist der beiden Banken, ist verhaftet worden. In der Nacht zum Donnerstag wurden ferner festgenommen der zweite Direktor der Preussischen Hypothekbank Buchmüller in Charlottenburg, Generalkonsul Schmidt, der Vorsitzende des Kuratoriums, Hofbankier der Kaiserin als Inhaber des alten Bankgeschäfts Anhalt u. Waquer, in seiner Grunewald-Villa und der flüchtige Schwager Sandens, Direktor Warfinski, den in Meran das Schicksal ereilte. Endlich verurteilt, daß der Rufensprecher Sandens, der Kirchenbauer und Socialistenhater, der Brieffreier der Kaiserin, Freiherr von Mirbach, von seinem Kommerzienrat-Kint suspendiert worden sei, angeblich weil er sich bemüht haben soll, den Kommerzienrat Sanden in den Adelsstand zu befördern.

Die interessanteste Persönlichkeit unter den eingesperrten Bank-Swindlern ist Herr Sanden, ein Mann, wie er nur unter dem mobilischen Kurs der hochgradigen Frömmigkeit, des äppigen Daseins, der gewaltigen finanziellen Ansprüche und der merkanill-romantischen Weltpolitik so herrlich gedeihen konnte. Sanden war seit Jahren Stadtverordneter und Kirchenrat in Potsdam. Er begann seine Laufbahn als Schreiber und gilt jetzt als achtundzwanzigjähriger Millionär — eine glänzende Existenz, die sich auf dem Glend zahlloser betrogener kleiner Sparrer aufbaut. Aber er war auch, wie's sich gebührt, ein hervorragend frommer Mann. Wenn die Kirchen wie Pilze aus der Erde schossen, so war das mit das Verdienst des Kommerzienrats Sanden, der sogar in der eignen Villa eine Kapelle besaß, vermutlich um zu jeder Tag- und Nachtzeit Gott um Vergütung seiner Sünden anrufen zu können; denn für seinen Profit bedurfte er nicht des Himmels, dafür sorgte er der Sicherheit halber selbst. Allerdings scheute er sich nicht, selbst den Himmel zu betrogen. Wie das „Berl. Tageblatt“ erzählt, hat er für den Kirchenbaufonds des Reichs v. Mirbach, der übrigens seit einiger Zeit sich im Urlaub befindet und im Ausland (Belgien) weilt, 300 000 M., jedoch nicht in bar, sondern in Aktien der Deutschen Grundschuldbank gegeben. Die betreffenden Aktien waren aber gesperert, d. h. sie durften nicht zum Verkauf gebracht werden, und so stellt sich das Geschenk, da die Aktien nunmehr ca. 5 Proz. notieren, als beinahe völlig wertlos heraus. Sechs Tage vor seiner Verhaftung hat der Mann den Kronenorden dritter Klasse erhalten.

Die Opfer dieser Bankräuber sind zumieist kleine Leute. Dagegen scheinen die Hofkreise von den dankbaren Sanden und Konforten rechtzeitig gewarnt worden zu sein. Jedenfalls haben sie, wie man uns von verschiedenen Seiten berichtet, ihren beträchtlichen Besitz an den Pfandbriefen der verkrachten Banken ohne Verlust abgestoßen. Eine hohe Dame soll z. B. zwei Millionen in diesen Werten besitzen haben. Freiherr v. Mirbach kaufte diese Papiere bei Beginn des Krachs schnell loszuwerden, es gelang ihm auch mit Hilfe des Hofbankiers Schmidt, der als Gegenleistung den Kommerzienratsrat verlangte und — nach glücklicher geschicktem Werk — auch erhielt „zur Belohnung für gute Dienste“.

Schon nach dem, was bis jetzt bekannt geworden ist, ist klar, daß die zu erwartenden Gerichtsverhandlungen eine solche Fülle von kapitalistischen Unrat auszuwählen werden, daß selbst der in dieser Hinsicht anspruchsvolle Graf Bülow zugeben würde: Das ist Panama!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. Dezember.

Die goldene Hand.

Die „Kölnische Zeitung“ erregt nun das Wort zur Behauptung englischer Bestechungen in Köln und Berlin zwecks Vertretung englischer Interessen gegen die Boeren. Sie erklärt: „Wir haben mit der De Beers-Company und den mit ihr zusammenhängenden englischen Gesellschaften weder geschäftlich noch politisch jemals das geringste zu thun gehabt.“

Es steht nun Angabe gegen Angabe. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ halten, wie wir gestern berichteten, durchaus an ihrer ursprünglichen Behauptung fest. Das Leipziger Blatt ist bereit, die Persönlichkeit zu nennen, welche unter Eid die Existenz des belastenden Geschäftsberichts der De Beers-Company bestätigten kann, will jedoch abwarten, was die De Beers-Company selbst zu der Angelegenheit sagen wird.

Die Wahrscheinlichkeit des kolossalen Bestechungsunternehmens verklärt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ durch Erinnerung an die Macht jener englischen Kapitalisten-Gesellschaft. Sie bemerkt:

„Vor kurzem tagte wieder mal der vortreffliche britische Ausschuh, welcher die Monopole und Konzessionen in Transvaal untersuchen soll, d. h. welcher bestimmt ist, sie für null und nichtig zu erklären und auf britische Bewerber zu übertragen. Dabei wurde auch unter anderem vernommen der Präsident der Transvaaler Eisenbahn-Gesellschaft; es wurde ihm die Frage vorgelegt, ob er Bestechungsgelder gezahlt habe und zwar ob solche Bestechungsgelder auch an die „Kölnische Zeitung“ gegeben seien. Er antwortete darauf, da solle man doch lieber „Herrn

Philipps" fragen. Es sollte dies offenbar heißen, daß doch die boerenfreundliche Bahngeellschaft kein Interesse daran habe, einem Blatte Geld zu geben, welches so während die Boeren angriffe.

Philipps ist einer der Manager der De Beers-Gesellschaft und diese ist eigentlich das Centrum der ganzen britischen Macht in Südafrika. Sie hat ein Kapital von mehreren Hundert Millionen Mark, verdient enormes Geld und an ihr sind alle die großen Finanziers und Abenteurer beteiligt, welche heute die hohe Politik in England machen. Vordränger ist Cecil Rhodes, der auch die Compagnie aus einer Reihe kleiner Gesellschaften gegründet hat. Die Gesellschaft und was sich um sie gruppiert, hat den Jameson-Feldzug zu Stande gebracht. Ihre Hintermänner, die gleichbedeutend sind mit den Hintermännern der Chartered-Company, sind auch zugleich die Inhaber der großen Konzessionen, welche das Deutsche Reich, Gott sei's gegnigt, an Briten in Südwestafrika geschenkt hat. Die De Beers-Gesellschaft ist also die Vorkämpferin aller dieser Bestrebungen. Maschinenfabriken und Hüttenwerke, um Südafrika und auch die deutschen Kolonien langsam zu verschlucken.

Und bezüglich des Verleibs der 7 Millionen Mark Bestechungsgelder für Berlin äußert sich die Rhein. Westf. Ztg. ähnlich wie der "Vorwärts" bereits vor mehreren Tagen:

"Man kann kaum annehmen, daß eine so kolossale Summe lediglich zu Bestechungen von Prekorganen verwandt ist, und zwar um so weniger, als nur sehr wenige leidlich angelegene Berliner Blätter gegen die Boeren und für Großbritannien in Berlin aufgetreten sind. Es kann sich also hier nur um Bestechungen von Personen handeln. Diese Sache geht das ganze Deutsche Reich an. Da die De Beers-Company ihren Mund öffnen wird, ist natürlich ausgeschlossen, aber die Reichsregierung sollte die gesamte politische Polizei aufbieten und ihren Einfluß in London, um klarzustellen, in welche Taschen diese sieben Millionen geflossen sind oder sein sollen. Wenn man festhält, daß diese Gelder ausgegeben sein sollen für Gefälligkeiten, welche der De Beers-Company, ihren Hintermännern und den britischen Finanziers in Berlin erwiesen wurden, so werden sich schon Spuren finden lassen. Was die De Beers-Company hier behauptet, ist nichts anderes als die Existenz eines Panamaaffandes erster Ordnung im Deutschen Reich! Das Deutsche Reich kann einen solchen Vorwurf nicht auf sich sitzen lassen."

Zahlreiche Blätter beschuldigen uns, da wir diese Bestechungsangelegenheit sofort allen Ernstes behandeln, der Leichtfertigkeit. Es wird sich bald zeigen, daß zu allem andern Panama, dessen das neueste Deutschland sich rühmen darf, auch dieses Panama Wahrheit ist. Im Staate der Pofadovsky, Sternberg, Wirsbach, Sanden ist nichts ausgeschlossen.

Verfassungsrecht in Preußen.

Ein bemerkenswerter Prozeß spielte sich am Dienstag in Dortmund ab. Der Genosse Anton Wredenbeck war, wie wir schon berichteten, angeklagt, verschiedene Polizeibehörden des Ruhrreviers dadurch beleidigt zu haben, daß er sie in Zeitungsartikeln ungeschicklich in die Schranken der Handhabung der Versammlungsregeln beschuldigte. Genosse Wredenbeck hatte einen großen Zeugenapparat aufgebaut und es wurden denn auch nicht weniger als 80 Zeugen, darunter eine Anzahl Gastwirte, vernommen, die über ihre Erfahrungen bei Arbeiterversammlungen, Arbeiterfestlichkeiten und Spaziergängen in den letzten Jahren ausfragt.

Als Resultat dieser durch eingehende Befragung der Zeugen seitens des Angeklagten und seines Verteidigers, Rechtsanwalt W. Heine, sowie des Gerichtsvorsitzenden, wobei über 20 einzelne Fälle speziell erörtert und noch "viele andere" summarisch erwähnt wurden, ist festzustellen:

In verschiedenen Orten und Amtsbezirken des Ruhrreviers wurden den Gastwirten der Ausschank nicht nur Spiritueller, sondern auch anderer Getränke verboten, sobald Arbeiter-Versammlungen bei ihnen angelegt waren. Das Verbot erstreckte sich stets auf die Zeit der Versammlung, sowie einige Stunden vor und nach derselben. In vielen Fällen zogen deswegen die Wirte ihre Zulagen wieder zurück, und das hatte stets zur Folge, daß das Ausschankverbot sofort wieder aufgehoben wurde und sie selbst in solchen Fällen ungehindert ausschänken durften, wo die zur Versammlung erschienenen Besucher sich in großer Zahl in ihren Lokalitäten aufhielten. Hand trotzdem eine Versammlung unter dem Schankverbot statt, so wurde es nicht verhindert, daß die Besucher z. B. Schnaps in großen Flaschen selbst mitbrachten, auf die Tische stellten und tranken. In einem Fall wurde, als in einem Lokal eine Arbeiterversammlung abends 9 Uhr stattfinden sollte, sofort für alle Lokale des Orts die Polizeistunde auf 9 Uhr herabgesetzt. Bei einem Arbeiterpaziergang, der von Polizei begleitet wurde, wurde jedem Wirt, bei dem die Spaziergänger eintraten, sofort von den begleitenden Polizeibeamten das Ausschänken verboten. Die Versammlungen waren teils gewerkschaftliche, teils politische. Auch Wohlversammlungen waren darunter. Daß bei diesen Versammlungen oder sonst in den fraglichen Lokalen bei Arbeiterversammlungen jemals Schlägereien oder Ausschreitungen vorgekommen wären, konnte trotz eingehender Befragung aller Zeugen nicht festgestellt werden. Ein Amtmann, vom Vorsitzenden über die Gründe des Verbots mehrerer Arbeiterfeste befragt, erklärte, daß sie verboten worden wären, weil zu viel Feste stattfänden. Als er erfragt wurde, ob noch weitere Gründe vorgelegen hätten, berief er sich auf die Pflicht der Amtsüberwachungsbehörde. Katholische Arbeitervereine konnten, zum Teil in denselben Lokalen, ungehindert ihre Versammlungen abhalten. Die Versammlung eines Rotteragators konnte ohne Schankverbot stattfinden.

Dies der nächtliche Tatbestand, den die Zeugenaussagen ergaben. Zeuge um Zeuge wurde aufgerufen und immer dieselben klaren, bestimmten Befundungen; die Arbeiter, meist Versammlungs-Einberufer, zumeist die einzelnen Fälle bestimmt bezeugend, die Wirte mehr im Allgemeinen ihre unangenehmen Erfahrungen schildern. Diese Thatsachen waren dem Angeklagten bekannt gewesen, er hatte aus ihnen seine Schlüsse gezogen und darauf seine Artikel gegründet. Nur in einem einzigen Falle, dem des Amtmanns Eger, gab er zu, daß sich ein Verbot auch auf eine zu recht bestehende formale Vorschrift bezog, diesen Beamten somit kein Vorwurf treffen könne. Dies hatte er allerdings schon seiner Zeit auch nach Erscheinen der kritischen Artikel sofort in seinem Blatte richtiggestellt.

Wer will es dem Angeklagten, Redacteur einer in dieser Gegend erscheinenden Zeitung, mitten in den Kreisen der Betroffenen drinsetzend, selbst oft genug von dem Ruhebedürfnis der Polizei in seiner Versammlungsfähigkeit als Redner oder Einberufer behindert, wer will es ihm verdenken, wenn er hinter solchen sich mit auffälliger Regelmäßigkeit wiederholenden Maßnahmen ein bestimmtes System vermutet, wenn er endlich aufsteht und Behauptungen aufstellt, die einer preussischen Polizeibehörde noch immer zu dem gerichtlich beschleunigten Nachhaken verholten haben, ein Wort der Gefährlichkeit zu sein!

Der Staatsanwalt in diesem Prozesse beilte sich denn auch, in einer Rede, in der man von der Wirkung der Beweisaufnahme nichts verspürte, der Polizei ein Zeugnis des Wohlverhaltens auszustellen und mit der Ruhe, die uns an preussischen Staatsanwälten immer so imponiert, beantragte er gegen den Angeklagten ein Jahr Gefängnis. Er begründete das Strafmaß mit der Behauptung, daß der Angeklagte nur habe zeigen wollen, daß er die Beamten an den Pranger stellen wollte und daß der Vorwurf der Rechtsbeugung der schlimmste sei, den man einem preussischen Beamten machen kann.

Der Prozeß wurde verlegt, um noch einen Regierungspräsidenten, einen Landrat und zwei Amtmänner als Zeugen zu vernehmen.

Sankt Mancheser als Vauspekulant. In den Dienst der Grundbesitzer und Vauspekulanten stellt sich ein Artikel der "Freisinnigen Zeitung" über Wohnungsreform. Diese freisinnige Wohnungsreform besteht darin, daß dem privaten Unternehmertum noch mehr freie Hand gelassen werden soll. Sie empfiehlt zur Linderung der Wohnungsnot, daß die Baupolizei dem Landhausbau nicht zu große Terrains preisgibt. Das ist auch die Forderung der Baupolizei. In den Gemeinden, die dem Landhausbau vorbehalten sind, arbeiten diese Interessenten unabhangig auf die Aufhebung der Beschrankung hin, weil gerade die Landhausbau-Vorschrift die schmerzlose Ausbeutung und Ausnutzung einheimischer hehmt. Der aus hygienischen, moralischen und ästhetischen Rücksichten zu fordernde Landhausbau ist zugleich ein Mittel, um den ungemessenen Bodenwucher zu hemmen, weil eben die Landhäuser sich nicht so gut rentieren wie die furchtbaren Mietskasernen. Eine Linderung der Wohnungsnot, nach der finanziellen und gesundheitlichen Seite hin, lässt sich in erster Linie dadurch herbeiführen, daß die Gemeinden in der Umgegend großer Städte große Komplexe Lände in ihren Besitz überführen und billige Landhäuser bauen. Was ist genug da und die Erde ist nicht um des Profits der Spekulanten willen da, wie der heiligste Grundsat der "Freisinnigen Zeitung" ist. Gerade jetzt in dem Zeichen des Wandbrottrahs hätten die Gemeinden Gelegenheit, unter günstigen Bedingungen Gelände zu erwerben und zu bebauen.

In den Stichwahlen in Württemberg. Nachdem heute genauere Nachrichten über die einzelnen Wahlergebnisse vorliegen, müssen wir das immerhin günstige Zeugnis, das wir der Volkspartei und ihren Wählern ausstelden, noch etwas einschränken. In 3 Kreisen, blingen, Neuenbürg und Zuttlingen, haben sich die vorkommlichen Whler nicht das Zeugnis politischer Reife ausgestellt. Sie sind in hellen Scharen zu den Nationalliberalen übergegangen und haben so deren Sieg ermöglicht. In blingen haben sogar hervorragende Mitglieder der Volkspartei aufgegeben, für den Nationalliberalen zu stimmen, und die verantwortliche Parteileitung in blingen hat nichts geahnt, um diesem Treiben Einhalt zu thun. Es kostet uns einige Phantasie, den Hauptbnden hat aber die Volkspartei, denn ihr politisches Ansehen muß durch solche Vorgänge aufs ärgste leiden und auf die Dauer nur um zum Vorteil gereichen.

Unsre Parteigenossen in Württemberg sind natürlich über ihre Erfolge sehr erfreut, und die Siegesnachrichten wurden von den in den Parteilokalen Versammelten und gepaart mit großem Jubel aufgenommen. Merkwürdigerweise scheint man in Stuttgart so etwas von dem Ausbruch einer kleinen Revolution gesndet zu haben. Die "Schwb. Tagwacht" berichtet nämlich, daß die dortige Wrmlen während des ganzen Wahltags marschfertig und mit einer ungewöhnlich großen Anzahl scharfer Patronen versehen gewesen sei. Es dürfte interessant sein zu erfahren, auf welchen Veranlassung diese ungewöhnliche Maßregel ergriffen worden ist. Man würd das wohl noch hören, denn unsre Genossen gedenken beim Zusammentritt des Landtags die Regierung hierüber zu interpellieren.

Welche Ursache sollte wohl die Socialdemokratie zu Gewaltthätigkeiten und Ausschreitungen haben, wo sie sich auf dem friedlichen Wege ihres Amtes erhebt und die Massen der Bevölkerung immer mehr für sich gewinnt?

Die Weingeist-Notelle in der Fassung, in welcher sie in den nächsten Tagen dem Reichstag zugehen soll, wird in der "Reichlichen Zeitung" veroffentlicht. Der § 1 des Gesetzes vom 20. April 1892 erhält den Zusatz, daß der Bundesrat außer den in dem geltenden Gesetz aufgeführten Stoffen noch andere Stoffe bezeichnen kann, auf welche das Verbot der Zufuehung zu Wein Anwendung zu finden hat. Außerdem erhält der § 1 eine Begriffsbestimmung von Wein. Danach ist Wein das durch alkoholische Gärung aus dem Saft der Weintrauben mittels solcher Verfahren oder Zusätze, welche als eine Verfälschung oder Nachmachung nicht anzusehen sind, hergestellte Getränk.

Der § 2 des Entwurfs enthält die Bestimmung, daß die Getränke, welchen den Vorschriften des § 1 zuwider verbotene Stoffe zugesetzt sind, weder feilgehalten noch verkauft noch sonst in den Verkehr gebracht werden dürfen. Nach dem geltenden Gesetz war nur das Feilhalten und Verkaufen unterlagt. In § 4 der Notelle wird das Verbot der gewerbmässigen Herstellung oder Nachmachung von Wein noch auf die Verwendung anderer Stoffe wie bisher ausgedehnt, insbesondere auf künstliche Wohlstoffe oder Essenzen, auf getrocknete Früchte allgemein, abgesehen von der Herstellung von Desfermentinen ausländischen Ursprungs.

Die weiteren Paragraphen des Gesetzes enthalten hauptsächlich Bestimmungen über die Kontrolle und über die Strafen.

Vom deutschen Eisenmarkt.

Während die Kohlenbarone die Preise durch Förderungs-Einschränkung im ersten Quartal des neuen Jahres nochmals zu halten und zu treiben suchen, geht es auf dem Eisenmarkt maßhaltig bergab. Die gute Konjunktur bestand zum erheblichen Teil darin, daß die Händler, aus Furcht vor weiteren Preissteigerungen des Rohmaterials, auf lange Zeit hinaus mit den Werken große Mengen abschloen, wobei die Abnahme in einzelnen Lnden selbst berliefen blieb. So lange der Eisenmarkt für diese abgeschlossenen Mengen wirklich Bedarf hatte, konnte man darin nichts Angeklagtes erblicken. Das trat erst ein, als die allgemeine Erschltterung unseres Wirtschaftslebens auch allmählich die Eisenindustrie erfaßte. Jetzt sagen die großen Werke trotz "kann erfüllbarer Abschlüsse zu hohen Preisen" bald ohne Beschränkung da, weil die Händler die bestellten Mengen nicht abnehmen konnten und große und bedeutende Firmen mhten zu Freierklrungen, zu Arbeiterentlassungen, zu Lohnreduktionen ihre Zusucht nehmen. Einzelne Hndlerfirmen, die über große Kapitalien verfügen, ließen es sich schweres Geld kosten, von ihren Abschlüssen mit den Werken noch rechtzeitig entbunden zu werden. Die weniger kapitalkräftigen Abnehmer müssen das Unglück voll über ihr Haupt niedergehen lassen, wenn die Werke auf Abnahme der abgeschlossenen Mengen drängen, und dabei erfährt man denn auch, wie faul es bereits auf dem deutschen Eisenmarkt aussieht. Ein Eisen- und Stahlwerk hat dieser Tage eine groere Universal-Eisenmenge, die ein Händler nicht abgenommen hatte, auf dessen Kosten verfrachten lassen. Es handelte sich um 62 228 Kilogramm. Der Syndikatspreis beträgt pro Tonne 145 M., das Höchstgebot bezifferte sich pro Tonne auf — 93 M.! Bei zwei anderen Versteigerungen durch die "Union" in Dortmund wurde für Flustahlfabrik, bei welchem der Syndikatspreis zur Zeit pro Tonne 140—150 M. beträgt, ein Höchstgebot von 115 M. erzielt! Bei Flubleichen 135 M. (Syndikatspreis ca. 150 M.).

Auf anderen Teilen des deutschen Eisenmarkts sieht es nicht besser aus. Auf dem ober-schlesischen Markt sind vor Monaten die großen Abschlüsse zu dem stolzen Preise von 210 M. pro Tonne gemacht worden. Das plötzliche Aufhören der Nachfrage zwang die Werke, ihren Abnehmern an den abgeschlossenen Mengen bis auf 180 M. nachzulassen! Das alles aber hat nichts genügt. Heute stehen diese großen Aufträge von 210 M. pro Tonne bei den Werken nur noch mit 165 M. zu Buche und auch zu dem Preise sind keine neuen Aufträge zu bekommen.

Angeichts dieser Marktlage fragt es sich, wie lange die Syndikate im stande sein werden, die offiziellen Notierungen hochzuhalten. Man verlacht jetzt die heimische Leberproduktion in das Ausland abzuschicken. In Düsseldorf sollen die Rohstoff-Verbnde am nächsten Sonnabend eine Versammlung abhalten, um Ausfuvergtungen an die Eisenindustrie zu bewilligen.

Die plndernde Kultur-Schutztruppe.

Neber die Verschlagnahme französischer Chinabeute durch die französische Regierung werden folgende Einzelheiten gemeldet: 34 riesige Kisten, die mit dem Paketboot "Uruguay" und neun andre, die mit dem Dampfer "Des Andes" in Mar-

seille eintrafen, wurden auf telegraphische Weisung des Marineministers einbehalten und bis zum Eintreffen weiterer endgültiger Instruktionen in die Lager-räume der Marine-Verwaltung überführt. Diese Sendungen bilden nur einen Teil der von den höheren Offizieren des französischen Expeditionskorps aus China eingehenden Beutekste, der allein auf den General Frey entfällt. Dieser führte bekanntlich vor der Ankunft des Generals Boyron in Ostafrika den Oberbefehl über die französischen Truppen; in dieser Eigenschaft hatte er die Beutefrage zu regeln und ermächtigte nach dem Beispiel der Befehlshaber der Truppen der anderen Nationen zahlreiche Verschlagnahmen bei gewissen hohen Mandarinen und in einem Teil des kaiserlichen Palasts, dessen die Franzosen sich bemächtigt hatten. Man nahm ein genaues Inventar der auf diese Weise eingezogenen Gegenstände vor; alles was einen hervorragend künstlerischen Wert hatte, wurde sorgfältig verpackt und nach Frankreich an den Präsidenten der Republik, das Louvre-Museum und das Marseiller Museum gesandt. Aber die Regierung hat dieses Vorgehen nicht billigen zu lnnen geglaubt und die Sendungen einbehalten lassen; dieselben werden wahrscheinlich China zurückgestellt werden, sobald dasselbe seinen Verbindlichkeiten bezuglich der Entschädigungen nachkommen sein wird.

Wenn die hohen und höheren Offiziere der Expeditionstruppen in einer so systematischen und umfassenden Weise sinesisches Privateigentum als Beute zusammengegriffen haben, so lnnen sich vorstellen, wie die unteren Offiziere und die Gemeinen gehandelt haben müssen. Nicht der französische Regierung ist es nun aber, den Raub sofort den Geplnderten zurückzustellen und nicht erst dann, wenn China seinen Verbindlichkeiten nachgekommen ist. Frankreich hnt auch nicht mit einem Schein von Recht ausgedehnte Private für die Verbindlichkeiten des Staats haftbar machen.

Als frmlische hohe Schule für Diebe stellt ein Brief des China-Kontrahenten dar, der vom "Schwb. Merkur" unter Nennung des Verfassers, eines Dr. Kttner, veroffentlicht wird. In demselben heißt es:

"Auf dem Quai von Tongku fanden wir unsre vom "Jaguar" bereits gefahrene Ladung wieder, doch das Wiedersehen war ein schmerzliches. Trotz aller Bemühungen der Offiziere des "Jaguar", die in wirklich ansehnlicher Weise um die Sicherheit unsres Materials befragt waren, wiesen namentlich unsre Propianturkrie große Lücken auf. Noch schmerzlicher war der Verlust des groten Teils unsres Gepäcks, darunter unsrer sämmtlichen Winterjacken; auch meine eigene hatte offenbar irgend eine Suppe sohen helfen. Von den Zuständen in Tongku macht man sich nur schwer einen Begriff. Alle Nationen sind vertreten; zwischen Deutschen und Russen laufen Juaben, Annamiten, Indier, Japaner herum, und nimm, was Du kriegen kannst, ist Trumpf. Namentlich die Russen haben eine Virtuosität im Anweilieren, die geradezu Bewunderung erregt. Während wir auf der einen Seite unsre Kisten und Ksten verladen, wurden sie auf der andern Seite von Kofalen wieder heruntergeholt, bis wir rein durch Zufall dahinterkamen. Auch unsre lieben eigenen Landsleute kann ich von solchen Verflndigungen nicht ganz freisprechen. Persönliches Gepäck ist fast noch beliebter als Rotwein und andre Genusmittel; ein deutscher Offizier sah schmerzbehaftet seinen leeren, erbrochenen Koffer den Weis hinfunterschwimmen, und mancher Leidensgefhrte hat gleich um an dem Grabe seiner Habe gestanden. Mein armes Winterhl! Ein so profanisches Ende ist ihm an seiner Wiege in Neapel wohl nicht gesungen worden."

Die internationalen Kulturträger behaupten sich also nicht einmal mit dem Raub sinesischen Eigentums, sondern sie stehlen sich auch gegenseitig ihr Gepäck weg.

Die Politik der Kohlenwucherer. Während das Kohlenindikat durch die Einschränkung der Förderung um 10 Proz. die Kohlenpreise auch fernerhin auf ihrer höheren Höhe zu erhalten sucht, erheben die belgischen Bechen bittere Klage darüber, daß die dortigen Kohlenpreise durch die billige Einfuhr der deutschen Kohle herabgedrückt werden! Es ist das der alte infame Trick der Industrieringe: um das Ausland mit billigen Produkten überschwemmen zu können, werden die deutschen Konsumenten geschränkt. Der bewährte Patriotismus der Schlot- und Kohlenwucherer, der durch die laze Behandlung der Kohlennot im Reichstag nur besuert worden ist.

Die neue Eisenbahn-Verkehrsordnung rechtsunghltig. Der bekannte Straßburger Staatsrechtslehrer Prof. Dr. Laband weist in dem neuesten Hefte der "Deutschen Juristen-Zeitung" nach, daß die neue am 28. Oktober 1899 veroffentlichte Eisenbahn-Verkehrsordnung rechtsunghltig ist und eine rechtsunghltige Verkehrsordnung nicht mehr auf dem Verordnungswege erlassen werden kann. Bei der Bedeutung, die Laband auf dem Gebiete des Staatsrechts hat, lässt sich annehmen, daß nunmehr die Materie, die im Handels-gesetzbuch in Angriff genommen ist, völlig durch die Reichs-Gesetzgebung geregelt werden muß. Aber nicht allein Thielen, sondern auch die verschiedenen Partikularisten werden von dieser Thatsache unangenehm berührt werden. Bei Schaffung des letzten Abschnitts des Handels-gesetzbuchs hat kein Mensch geahnt, daß dasselbe so weittragende Bedeutung haben werde. Da aber das Handelsgesetz Rechtskraft erlangt hat, müssen die Folgen getragen werden. Sonst hätten die Einzelstaaten wohl kaum so leicht einen Teil ihres Sonderrechts an das Reich abgetreten.

Zur Frage des Streikpostenstehens bemerkt die "Abln. Volks-Zeitung", nachdem sie die Entscheidung des Kammergerichts vom "formal-juristischen Standpunkt aus" als nicht wohl ansprechbar bezeichnet hat:

Thatsächlich aber geraten wir mit der Entscheidung des Kammergerichts in ganz unhaltbare Zustände hinein. Die Polizei hat es danach vollständig in der Hand, das Streikpostenstehen zu verbieten, während die Gesetzgebung ein solches Verbot nicht gewollt hat. Das bedeutet, wie ein Blatt ganz richtig sagt, die bedingungslose Kapitulation des Rechtsstaats vor dem Polizeistaat. Niemand wird der Polizei das Recht absprechen, das Streikpostenstehen dort zu verbieten, wo das zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit wirklich notwendig ist. Es heißt aber der Gerichtsbarkeit und der gesunden Vernunft ein Schnippen schlagen und die Dinge auf den Kopf stellen, wenn sie mit der Berufung auf die öffentliche Ordnung und Sicherheit in jedem Falle das Postenstehen soll unterjochen können. Das Recht hat ihr das Kammergericht thatsächlich zugesprochen, indem es der Polizei das Urteil überließ, ob im einzelnen Falle Gefahr für die Ruhe usw. vorhanden sei. Ob das Kammergericht glauben mag, die Polizei werde sich objektiv urteilen? In dem Urteile, welches ihm zur Revision vorlag, war aber schon gesagt, daß von Störung der Ruhe und Ordnung nicht die Rede sein könne.

Den **Kahenjammer** befürchtet die "Abln. Volks-Ztg." von dem ewigen Festfeiern, in das wir heute wieder einmal hineingeraten zu sollen scheinen:

Der pompohaste Einzug der China-Krieger in Berlin wird im allgemeinen mit ziemlich gemischten Gefühlen betrachtet. Eine Ehrung der rückkehrenden Soldaten war gewiss am Platze, aber vielfach scheint man in solchen Fällen nicht das rechte Maß in den Dingen zu finden. Früher fielen Ehrungen bei scheidenden aus, nur bei ganz großen, geradezu welt-historischen Erscheinungen wurde eine Ausnahme gemacht. Jetzt ist das anders geworden; alles geht hoch-dramatisch zu, und besonders kann kein Fest pomps genug gefeiert werden.

Das hat aber seine üblen Seiten. Den Leuten, die nicht geneigt sind, sich immerfort zu entzünden, fällt das Verhältnis zwischen der Dekoration und dem Inhalt, zwischen dem Wein und den prunkvollen Gläsern, aus denen er getrunken wird, in die Augen, die andern aber, welche das Bedürfnis haben, ihre Lungen durch Hurra'schreien zu üben, werden schließlich blaß. — „Toujours perdrix“, sagt ein französisches Sprichwort — schließlich mag man auch die schmackhaftesten Rebhühner nicht mehr. Auch zum Jubeln und Triumphieren kann man endlich die Lust verlieren; ein Volk aber, das in diese Gemütsverfassung gerät, läßt sich überhaupt nicht mehr begeistern. Das kann unter Umständen zu sehr unangenehmen Konsequenzen führen.“

Der allgemeine Stagnationszustand, der durch den drohenden Reichthum keine Schatten bereits vorausgeworfen hat, wird sich bald genug einstellen. —

Heber einen sozialistischen Erfolg wird uns aus Darmstadt telegraphiert: Der sozialistische Antrag auf Uebernahme aller Schullasten auf den Staat und Schaffung der Einheitschule wurde im heftigen Landtag nach dreitägiger Debatte in namentlicher Abstimmung angenommen. — Ueber die Lesung wird uns ferner gemeldet, daß 18 Abgeordnete einen dringlichen Antrag eingebracht haben, die heftigen Bundesratsmitglieder zu instruieren, sofort durch einen Bundesratsbeschluss die Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts zwischen England und den Boeren anzugehen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten unterstützten den Antrag. —

Bestien.

Die Nachrichten, die bisher vom chinesischen Kriegsschauplatz in die Öffentlichkeit gedrungen sind, haben uns ein Bild der Rohheit und der Verwilderung der europäischen Krieger gezeigt, wie es schlimmer kaum gedacht werden kann. Und es war unmöglich anzunehmen, daß dies schmachvolle Kapitel der Geschichte sich noch schlimmer, noch entsetzlicher gestalten kann. Und dennoch — das Unmögliche, das Unglaubliche wird zur Wahrheit. Es liegt uns heute eine Schilderung des tierischen Treibens der russischen Soldlinge vor, welche uns Vorgänge enthüllt, die alles bisher Bekannte an Grausamkeit und Bestialität weitaus übertrafen. In dem russischen revolutionären Blatt „Kalinin“ wird folgender Brief vom Amur veröffentlicht:

„Nicht mit Unrecht sagt man, daß die jetzige kriegerische Aktion im Osten kein Krieg ist, denn der Krieg ist gar nicht erklärt worden. Und die Aktion kann auch nach ihrem ganzen Wesen nicht als Krieg bezeichnet werden, denn sie ist einfach ein Schlachten, das an ruhigen Bürgern verübt wird. Den ganzen Amur entlang wüthen die Kosaken, vertilgte Reservisten und Volontäre aller Art, die durch die (russische) Polizei gegen die ruhigen wehrlosen Mandchuren und Chinesen angeheißt sind. Sie vernichten alle, selbst die Greise, die Frauen und die Kinder. Die Verordnung des Polizeimeisters von Wladowitz gegen die Stadt liegt im russischen Gebiet, hat an der chinesischen Grenze ordnete die Hausdurchsuchung bei den Bürgern an, um zu entdecken, ob jemand etwa Chinesen versteckt. Alles Gefindel hat sich nun an die Hausdurchsuchung gemacht. Eine der Verordnungen des Kriegsgouverneurs des Orts forderte die „braven Kosaken“ auf, mit den Chinesen fertig zu werden, „ohne zur Erlangung der nicht notwendigen Erlaubnis erst Zeit zu verlieren“. Auf den Befehl des Gouverneurs wurde diese Verordnung in allen Teilen des Landes vorgelesen. Um die Bewohner der Stadt Wladowitz gegen die Chinesen aufzuheben, fuhr der Polizeimeister Botarewicz selbst in der Stadt herum und verbreitete die Nachricht, bei den ruhigen Chinesen der Stadt habe man bei der Hausdurchsuchung Dynamit und verschiedene Waffen gefunden, sie wären bereit gewesen, die Bewohner zu schlachten usw.“

Ehe die kriegerische Aktion begann, hatten die in Wladowitz, Czengsch und anderen Chinesen die Polizei, man möge sie auf das rechte (chinesische) Ufer des Flusses herauslassen, da sie Kriminalisten seitens der Russen fürchteten. Die Polizei gab ihnen ihr Ehrenwort, daß sie in vollständiger Sicherheit seien, daß sie die russische Regierung beschützen usw. Inzwischen, als die Schikerei mit Sachalin (einem auf chinesischer Seite gelegenen Dorf) begann, ließ der Polizeimeister Botarewicz alle in der Stadt und in der Umgegend wohnenden Chinesen zusammenbringen und sie durch „den Uebergang“ des Flusses Amur hinausbringen. Dem besteht der Uebergang gar nicht und der Fluß ist an der Stelle sehr reich und etwa 1100 Meter breit. Nun umgab man etwa dreitausend ruhige Chinesen mit Kosaken, Reservisten unter dem Kommando des Polizeikommissars und aller Gefindel und trieb sie aus der Stadt. Draußen zwang man sie mit Knuten, Schlägen und Mißhandlungen aller Art, ins Wasser zu gehen. Die Chinesen warteten, so lange es ging; dann blieben sie stehen, da sie nicht wagen wollten, weiter zu schwimmen. Dann wurden sie mit Kartätschen und Kugeln beschossen. ... Von der ganzen Partie — es waren etwa 3000 Menschen — blieben nur wenig am Leben. In genau derselben Weise hat man in Wladowitz gegen selbst drei Chinesentruppen extrahiert. Die Polizeikommissare, unter deren Kommando diese bestialischen Schaulustspiele stattfanden, luden ihre Bekannten zu der „Ertränkung der Chinesen“ schriftlich ein — wie zu einem lustigen Schaulust. Ost hat man die Chinesen, die man ins Wasser trieb, mit den Büpfen zusammengebunden.

Jetzt sind die Ufer des Amur vollständig verheert; nirgends kann man einen lebendigen Chinesen sehen. Von den chinesischen Ansiedlungen, die am linken Ufer des Amur entstanden waren und neben den Russen friedlich lebten, ist keine Spur mehr zu sehen. Die Leichen der Chinesen haben den Fluß derart überflutet, daß man mit einem Kahn nur durchkommt, wenn man die Leichen auseinanderreißt. Das Wasser im Fluß ist nicht mehr trinkbar; das ist auch verboten; selbst die Fische geben in diesem Wasser ihr Leben auf. Der Geruch der Leichen verbreitet sich in der ganzen Umgegend. ...

Und die Bestien, die das alles auf dem Gewissen haben, werden in den nächsten Wochen fünfmal täglich zur Kirche gehen, selbst ihre Untergebenen zum Kirchgang zwingen — um zum Gott der Liebe auf den Knien liegend zu beten. ... Vom Norden in die Kirche — von der Kirche zum Norden. ...

Ausland.

Die Amnestie.

Paris, 19. Dezember. Ein merkwürdiges Schauspiel bot die endlich beendete Amnestie-Debatte. Das Gesetz des „Vergessens“, der „Versöhnung und Schwächigung“ entfachte die alten Erinnerungen und Leidenschaften, den alten Haß und die alte Kampfessucht zu neuer Lichterheit. Zeitweilig mußte man sich in die häufigste Periode der Dreißiger zurückversetzt wahren — mit dem Unterschied freilich, daß die vaterlandserhetische Meute diesmal in der Minderheit und in der Defensive sich befand.

Der Charakter der Debatte hat drastisch bewiesen, daß die Amnestie eine gewalttätige chirurgische Operation, kein Symptom eines normalen Gesundungsprozesses darstellt. Vergebens wurde die Entscheidung über die Amnestie verschleppt, die Allbeizier Zeit hat die Gemüter der politischen Welt nicht für die Versöhnungsaktion empfänglich gemacht. Von einer kleinen Minderheit abgesehen, wehrte man sich haben und drüben mit gleicher Energie gegen die Amnestie — aus entgegengesetzten Gründen natürlich. Den Generalstabern ging der Regierungsentwurf nicht weit genug, weil er die Staatsstreicher Déroulede und Konforten ausschloß. Dem linksstehenden Flügel der Regierungsmehrheit ging er viel zu weit, weil er die hohen militärischen Verbrecher,

den General Mercier und Konforten einbezieht und oben drein Opfer und Henker, Unschuldige und Verbrecher in einen Topf warf. Picquart und Jola werden, trotz ihrer Prothese, zusammen mit Mercier amnestiert, während andererseits Dreßfus zugleich mit Esterhazy von der Amnestie ausgeschlossen bleibt. Die Kriminalprozesse, von denen die Revisionisten eine „neue Thatsache“, einen gescheiterten Anhaltspunkt zu einem neuen Revisionserfahren erhofften, werden teils niedergeschlagen, teils in das harmlose Geleise eines Zivilprozesses eingetrennt. Mit einem Wort, der Kampf ums Recht wird endgültig verkrüppelt und das durch eine Regierung, von der man die Wiederherstellung des gebrochenen Rechtsbodens hätte erwarten sollen.

Das Ministerium hat seiner Mehrheit förmlich Gewalt anheim gegeben, um das Votum der Amnestie zu erlangen. Die Regierungsmehrheit hat die Amnestie votiert lediglich aus Furcht vor einer Ministerkrise, die in den gegebenen Umständen den in Aussicht genommenen Reformen viel Schaden würde, ohne die Amnestie verflüchten zu können.

Zusammenfassend vertritt Waldeck-Rousseau die hochbeinige Mehrheit auf das im Januar zur Verhandlung kommende Gesetz gegen die Monarchisten. Er blieb aber die Antwort schuldig, als der linksradikale Abg. Bazelle ihm entgegenhielt, daß jenes Gesetz nicht den andern Reformen vorzuziehen ja doch vor der Amnestie hätten erledigt werden können.

Und doch hat die Regierung im Grunde recht. Was auch aus ihren Reformentwürfen werden mag, so viel ist jedenfalls sicher, daß die Geldstrafe der Amnestie das kleinere Übel ist. Sie ist ein Zeugnis der Ohnmacht des republikanischen Gesetzes gegenüber den reaktionären Mächten, aber da die Ohnmacht nun einmal da ist, so wäre es halbschwerfisch, es noch einmal auf eine Krisisprobe ankommen zu lassen.

Um nur ein Beispiel herauszugreifen: wäre Picquart von der Amnestie ausgeschlossen, so würden ihn die militärischen Scharfrichter unvermeidlich ins Bagno schicken — und die Republik stände vor einer Affaire Picquart, die auf der andern Seite durch den Kampf um Mercier und Konforten verschärft wäre. Die große Waffe der Bevölkerung steht sich aber nach Ruhe. Eine Wiederentdeckung der Dreßfus-Affaire würde nur der reaktionären Demagogie zu nütze kommen, und zwar schon dadurch, daß sie jede reformerische Gesetzgebungsarbeit lahm legen würde.

Aus diesen Gründen haben fast sämtliche sozialistische Abgeordnete (mit Ausnahme von zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen) gegen den „Aufschiebung“ Bazelle gestimmt, der den Regierungsentwurf ins Gegenteil verkehrte. Und auch Jaurès hat in der „Petite République“ energisch für die Amnestie Stellung genommen. Im übrigen versteht es sich von selbst, daß derjenige Flügel der sozialistischen Fraktionen, der von jeder die Dreßfus-Compagne abfällig beurteilt, unter allen Umständen für die Amnestie eintreten mußte.

Was die Nationalisten betrifft, so verhielten sie die Amnestie zum Ausgangspunkt einer neuen Doh zu machen. Sie erklärten sie für eine „dreißigjährige und anarchoistische“ Amnestie („anarchistische“ wegen der dank eines sozialistischen Antrags erfolgten Amnestierung der jungen Juristen, die nach dem Brand der St. Josephkirche auf Gerathwohl verhaftet und von reaktionären Pariser Weiswornen partiell verurteilt waren). Und ein abgehaltener Debatte der Rechten, der Hauptmann Ciquart, hat sich erdreistet, just am Tage des Amnestievotums das Ministerium des Auswärtigen öffentlich der — Fälschung der bekannten Depesche Wauquarré zu beschuldigen, die erwiesenermaßen vom Generalstab gefälscht und deren authentischer, Dreßfus enthaltender Text in der Revisionsschleife des Kassationshofes festgesetzt war, wobei Ciquart selbst die Echtheit des vom Ministerium des Auswärtigen beschlissenen Originaltextes schriftlich anerkannt hatte! ... Die nationalistiche Presse hat nun eine hochgradigste Notiz gegen die dreißigjährige — Fälscher begonnen, die noch in der gestrigen Nachtigung der Kammer einen Widerhall fand. ... So hebt es zunächst mit dem „beschwerigenden“ Wirkung der Amnestie aus.

Die unbedingt gute Seite derselben ist die Amnestierung aller Straftäter und Verbrecher bis zum Datum des 15. Dezember l. J., sowie die erwünschte Amnestierung der wegen des Brands der St. Josephkirche Verurteilten und ferner der Militärpflicht- und Fahnenflüchtigen.

Frankreich.

Paris, 20. Dezember. Deputiertenkammer. In der heutigen Beratung des Marinebudgets sagt Ledrou, ein unwiderstehlicher Jung weise alle Mäute auf das Meer hin. Redner beklagt sich über den minderwertigen Stand der französischen Marine und die Langsamkeit des Schiffbaus. Die Marine Frankreichs habe nicht allein die Engländer, sondern auch diejenige Deutschlands zu Konkurrenz und könne die Stellung verlieren, die sie jetzt einnehme. Ledrou bringt verschiedene Beschlüsse vor und schließlich, Frankreich sei jetzt weniger sicher vor einem Seekrieg als vor einigen Jahren. —

Afrika.

Der Boerenkrieg. Wie ein Telegramm Lord Ritzers aus Pretoria vom 19. d. M. meldet, ging eine Boerenabteilung von 500 bis 600 Mann bei Mhosensterhoel ab der den Oranjefluß; eine zweite Abteilung soll in der Nähe von Sanddrift den Fluß überschritten haben. Britische Truppen folgen ihnen und Ritzener hat eine beträchtliche Abteilung Briten abgeandt, welche sie zu umzingeln suchen. Den von Mhosensterhoel kommenden Boeren folgten britische Truppen bis Benterstadt dicht auf dem Fuße. Die Boeren verließen Benterstadt gestern nachmittags um 3 Uhr in der Richtung auf Steynsburg. Die wichtigen Punkte der Bahnlinie in der Nähe dieses Ortes werden sorgfältig bewacht und Ritzener hofft, daß diese Boerenabteilungen bald wieder nach Norden zurückgetrieben werden.

Die Boeren scheinen demnach jetzt in beträchtlicher Zahl im Kapland umherzuwandern. Wenn sie im Entweichen dieselbe Richtung einnehmen, wie De Wet, können diese Kommandos den Engländern sehr unangenehm werden. Auch an der Nordgrenze des Oranjefreistaats rühren sich die Boeren. Eine Reitermeldung meldet nämlich:

Boeren haben gestern eine Farm im Distrikt Standerton geplündert und 20 Stück Vieh dabei erbeutet. Es verlautet, ein starkes feindliches Kommando lagere bei Robertsdrift in einer Entfernung von 14 Meilen. Ein kleiner Trupp Boeren wurde gestern bei einer andern Farm 4 Meilen nördlich gesehen, zwei Granatgeschosse verfeuert dieselben. Die Familien von Boeren, die sich ergeben haben, sind aus einem Umkreis von wenigen Meilen in die Stadt gebracht worden. —

Partei-Nachrichten.

Das internationale sozialistische Sekretariat, dessen Eröffnung auf dem Pariser Kongress beschlossen wurde, hat nunmehr seine Tätigkeit begonnen. Das Bureau befindet sich im Maison du Peuple, Rue Joseph Stevens in Brüssel; Sekretär ist der Genosse Victor Serwy (Hö); die Genossen Anjele und Banderwilde bilden mit Serwy zusammen den geschäftsführenden Ausschuss; Edward Anjele wurde zum Kassierer ernannt, seine Adresse ist Rue du Jambon, Gand (Gent) (Belgien). An seine Adresse sind die Beiträge der Nationen an das internationale Bureau einzusenden.

Die Aufgaben des internationalen Sekretariats sollen nach den Beschlüssen des Pariser Kongresses in folgendem bestehen: Zusammenstellung aller bisher auf internationalen Kongressen gefassten Beschlüsse. Einforderung von Berichten über Stand und Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der einzelnen Länder. Zusammenfassung dieser Einzelberichte zu einem Generalbericht, der veröffentlicht werden soll. Ebenso sollen ihm die Vorschläge für die internationalen Kongresse, Vorlage der provisorischen

Tagesordnung übertragen werden; ferner die Veröffentlichung von Manifesten, in denen zu allen breisenden großen Tagesfragen, welche die Interessen des Proletariats betreffen, Stellung genommen werden soll.

Die Kosten des Sekretariats sind bekanntlich auf 10 000 Frank vorausgeschätzt worden, welche Summe von den Partei-Organisationen aller Länder aufgebracht wird; die größeren Nationen zahlen je 800 Frank, die kleinen je 200 Frank.

Das Sekretariat fordert in seinem ersten offiziellen Circular die Arbeiterparteien aller Länder auf, ihm, soweit dies noch nicht geschehen, umgehend die Adressen der Delegierten zum „Internationalen Komitee“, sowie ihren beauftragten Korrespondenten mitzuteilen. Ferner ersucht das Sekretariat um die Adresse des Kassierers der Partei, den Sitz der Partei-Organisationen und um Namen und Adressen der wichtigsten Zeitungen und Zeitchriften.

Politisches, Gerichtliches usw.

Der „Volkfreund“ in Braunschweig hatte im Mai dieses Jahres einen Artikel veröffentlicht mit der Ueberschrift „Ein Demagogentum“, in dem von dem bei der Straßenbahn-Gesellschaft beschäftigten Schneidmeister Rutke gesagt worden war, daß er einer vom Gewerkschaftsrat einberufenen Nachversammlung der Straßenbahner beigewohnt, sich dort Notizen über die Aufwenden gemacht, die der Direktion der Straßenbahn übermitteln und so zu deren Entlassung beigetragen habe. Rutke fühlte sich durch diesen Artikel beleidigt und stellte gegen den Genossen Gehmann Strafantrag. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht wurde der Beweis der Wahrheit nach jeder Seite hin geführt und so gelangte das Gericht zur Freisprechung. Rutke legte Berufung ein. Das Landgericht hob das Urteil auf und verurteilte den Angeklagten zu vier Wochen Gefängnis. In der Begründung hieß es: Nicht der § 186 (Verbreitung unwahrer Thatsachen) sei dem Urteil zu Grunde gelegt worden, denn die Thatsachen seien richtig dargestellt, sondern § 185, Beleidigung durch die Form. Der Privatkläger sei vom Angeklagten als Demagog hingestellt worden. Ein Demagog ist aber nur, wenn es Vergnügen mache, anderen Menschen einen Scherz zu spielen, während Rutke einfach einen ihm gewordenen Auftrag ausgeführt hätte und sollte in dem Urteil aus der Zahl der anklagenden Menschen ausgestoßen werden sollte. In das Koalitionsrecht sei von der Leitung der Straßenbahn nicht eingegriffen worden, denn es habe ja jeder das Recht, Arbeiter anzuwerben und zu entlassen, welche er wolle. Auf die hohe Strafe sei erkannt worden, weil Gehmann bereits einmal mit Gefängnis bestraft worden sei und sich dennoch nicht gebessert habe!

In dieser Richtung wird das Gericht noch manche schlimme Erfahrung mit sozialdemokratischen Redactoren machen müssen.

Wegen Beleidigung eines Gemeindevorstands wurde der verantwortliche Redacteur der „Volkstimme“ in Chemnitz durch das Schöffengericht in Jöhlich zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte den Gemeindevorstand des Oberrheins, eines Stillschleppverfahrens und der Befestigung beschuldigt. Bezüglich des Oberrheins wurde der Wahrheitsbeweis als vollständig erbracht angesehen; im zweiten Punkte drüben sich die ethischen Anklagen der als Zeugin vernommenen, durch den Gemeindevorstand verlesenen Dienstmagd vollständig mit den Behauptungen des Angeklagten, das Gericht hat ihr aber nicht vollen Glauben bemessen; im dritten Falle lag nicht Befestigung im juristischen Sinne vor, da der Gemeindevorstand nur dem Ehrentitel einer Frau, mit der er ehelich getrieben, Schweißgeld gegeben, deshalb erfolgte im ersten Falle Freisprechung, im zweiten und dritten Verurteilung zu der genannten Strafe.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Wächung, Theaterarbeiter! Der Streik im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater dauert unverändert fort. Trotz der geringen Forderung, welche dort das technische Personal gestellt hat, hat es Herr Direktor Friedrich nicht der Mühe wert gehalten, nach mehrmaligen Aufträgen der Arbeiter, mit denselben zu verhandeln. Das Gehalt lautet: Erhöhung des monatlichen Lohns von 90 auf 100 M., Vergrößerung der Ueberstunden und, da es für das technische Personal am Theater weder Sonn- noch Feiertage gibt, ein wöchentliches Rubetage. An Sonn- und Feiertagen finden desonntlich auch Nachmittags-Vorstellungen statt. Diese werden von der Direktion des Friedrich-Wilhelmstädtischen Theaters nicht bezahlt. Die Kollegen eruchten die Direktion, diese Nachmittags-Vorstellungen, wie dies an anderen Theatern üblich ist, mit 150 M. zu honorieren. Diese Forderungen sind an Schiller-Theater, Berliner Theater, Roman Theater, Theater des Westens usw. anstandslos bewilligt worden. Herr Direktor Freitags lehnte jedoch dieses Gehalt durch seinen Oberinspektor Ebert rüdweg ab. Nachdem nun das technische Personal den Herrn Direktor nochmals selbst sprechen wollte, derselbe jedoch für seine Arbeiter nicht zu sprechen war, legten diese am 30. November einmütig die Arbeit nieder. Es wurden nun von der Direktion Soldaten angenommen, welche die Dekorationen aufgebaut haben.

Es ist also für jeden, der dem Verband des technischen Bühnenpersonals angehört und mit uns sympathisiert, das Friedrich-Wilhelmstädtische Theater nach wie vor gesperrt.

Verband des technischen Bühnenpersonals.

Der Vorstand.

Der Vorstand des Tapezierer-Verbands läßt uns auf die gestrige Verurteilung des Herrn Birnbaum ein Schreiben zu, in welchem es heißt: Wir weisen die Verurteilungen von einer „wissenschaftlichen Unterstellung“ und einer „fälschlichen Unterbreitung“ der bei der Firma Birnbaum vorhandenen Differenzen der Verbandleitung gegenüber, mit Entrüstung zurück. Die beiden Kollegen, die durch die Verhandlung eine Verständigung herbeizuführen suchten, sind selbst Mitglieder der Verbandleitung und haben als solche, die sich ihrer Verantwortlichkeit in einem solchen Falle wohl bewußt sind, ein Interesse daran, die Sachlage in objektiver Weise zu prüfen und danach zu handeln.

Herr Birnbaum führt den Fall Wendel an, um zu beweisen, daß es sich nicht um Wahregelung handele; wir haben dem Herrn Birnbaum keinen Zweifel gelassen, daß dieser Fall für uns ausreicht, daß es sich um die Entlassung des Kollegen Wulf und die eines andern Kollegen handelt.

Wenn aber der Grund der Entlassung der Wangel an Arbeit wäre, wie Herr Wendel behauptet, so brauchte er doch nicht neue Arbeitskräfte zu suchen.

Deutsches Reich.

Der Aussperrung auf der Werk von Seebek in Bremerhaven liegen nach der Ansicht der Aussperrten folgende Motive zu Grunde: Sie will ihren Betrieb von denjenigen Elementen „reinigen“, die sie als „Feyer“ und „Aufwiegler“ betrachtet, das heißt von den Leuten, welche für ihre und ihrer Kollegen Interessen eingetreten sind. Außerdem aber kann sie ihre Lieferfristen nicht einhalten und versucht nun, um sich der Zahlung der vereinbarten Konventionalstrafe zu entziehen, einen Konflikt mit den Arbeitern zum Grund der Verzögerung zu stampeln. Ein großes Schwimmdock für die kaiserliche Marine sollte bereits am 1. Oktober geliefert werden, ist aber noch so weit im Rückstande, daß bis zu seiner Fertigstellung noch Monate vergehen müssen. Ein Vergnügungs- und Schlepddampfer für die Hamburger Pottschiff-Aktien-Gesellschaft sollte am 15. d. M. geliefert werden, ist aber noch lange nicht fertig. Da die vorjährige Werftarbeiter-Aussperrung gezeigt hat, daß Aussperrungen von der Regierung und den Redereien gleich den Streiks als Grund für das Inkalttretenlassen der „Streikanten“ angesehen werden, so hofft die Werk, durch den provozierten Konflikt von der Zahlung der Konventionalstrafe und der Einhaltung der Lieferfristen entbunden zu werden.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

36. Sitzung vom Donnerstag, 20. Dezember 1900, nachmittags 5 Uhr.

Der neugewählte Stadtv. Kuhlmann wird zu Beginn der Sitzung in sein Amt eingeführt.

Darauf erfolgt die Wahl von Ersatzmännern in die durch den Tod des Stadtv. Spinola in verschiedenen städtischen Verwaltungskörpern vakante gewordenen Plätze.

Gewählt wird u. a. in die Armenverwaltung Stadtv. Friedberg, Stadtv. Hinge (Soz.) erhält nur 25 Stimmen; in die Krankenhausdeputation Stadtv. Baummeister Körte, gegen den Stadtv. Dr. Freudenberg (Soz.) mit 20 Stimmen in der Minderheit bleibt.

Für eine Reihe von Rechnungen wird Entlastung erteilt und von den Jahresabschlüssen der Gaswerke, des Viehmarkts, des Schlachthofs, der Fleischbeschau und der Urbanhofverwaltung pro 1899 Kenntnis genommen.

In das Kuratorium des Friedrichs-Gewerbe-Stipendiums wählt die Versammlung den Stadtv. Giese II durch Zufall.

Darauf berichtet Stadtv. Stigel namens des betr. Specialausschusses über die Vorlage, welche Reformen im Gebiete der offenen Armenpflege (Zuziehung von Armenpflegerinnen, Bildung von Armentreien bezugs Decentralisation der Verwaltung usw.) zum Gegenstande hat. Der Ausschuss hat die Vorlage mit einigen mehr redaktionellen Änderungen angenommen; die Versammlung tritt den Ausschussvorschlügen ohne Debatte durchweg bei.

Die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Handindustriellen

Soll jetzt endlich durch Ortstatut erfolgen und zwar nach Maßgabe eines schon 1896 von der Gewerbe-Deputation aufgestellten Entwurfs. Ueber die Einzelheiten ist schon Mitteilung gemacht worden.

Stadtv. Wallach (A. L.) beantragt Ausschuhberatung, da der Satzungsentwurf an erheblichen Unklarheiten leide, die beseitigt werden müßten, wenn nicht Arbeitgeber wie Arbeitnehmer davon Nachteile erfahren sollen. So sei die Zuständigkeit der Klassen mehrfach im Dunkel gelassen. Eine Verzögerung werde durch die Ausschuhberatung nicht eintreten.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Herr Wallach kennt wohl die ganze Vorgeschichte der Vorlage nicht, sonst würde er solchen Antrag nicht stellen. Keine Vorlage ist so gründlicher Untersuchung unterworfen worden wie diese; seit 1895 haben wir unausgesetzt über den Gegenstand in Beratung gestanden. 1898 ist die eingesezte gemischte Deputation zu dem Resultat gekommen, daß der erste Entwurf der Gewerbe-Deputation von 1896 der zutreffende und zweckmäßigste sei. Die der Vorlage beigegebene Denkschrift erörtert erschöpfend alle Einzelheiten; es ist doch auch sonst kaum möglich, irgend eine gesetzliche Bestimmung ins Leben zu rufen, welche gegen jede Auslegungslücke absolut gefeit ist. Die Hausgewerbetreibenden und die Unternehmer wie die Arbeiter werden sich schon in kurzer Zeit in die Sache hineinfinden. Wie es besser gemacht werden soll, hat Herr Wallach nicht beraten. Der Ausschuss könnte sich auch gar nicht so gründlich mit der Vorlage befassen, wie die Vorinlagen. Wir haben auch nicht bis zum 1. April Zeit, wie Herr Wallach meint, sondern die Vorlage muß noch vom Oberpräsidenten genehmigt werden. Es handelt sich hier um eine sozialpolitische That. Lehnen Sie den Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses ab.

Stadtv. Läden (Prakt. Spinola): Ich bin zum erstenmale in der Lage komme, mit dem Vorredner durchaus übereinstimmen zu können. (Heiterkeit.) Der Ausschuss würde ganz unnütze Arbeit haben. Nehmen Sie die Vorlage ohne Umschweife an! Wir haben Eile, daß die Sache zum 1. April zu stande kommt.

Nachdem auch Stadtv. Rosenow für die neue Linke für Ablehnung des Antrags Wallach plädiert hat, wird der Antrag gegen wenige Stimmen abgelehnt und die Vorlage unverändert angenommen.

Kleinere Vorlagen.

Zur Errichtung einer weiteren städtischen Gasbereitungsanstalt soll vom Grundstück für netto 4 1/2 Millionen Mark ein 45 Hektar großes Grundstück an der Oberpree zwischen dieser und der Köpenicker Landstraße erworben werden. Die Versammlung giebt ohne Debatte ihre Zustimmung.

An der StraÙe 48 B der Abth. XIII des Bebauungsplans vor dem Frankfurter Thor soll für 301 980 M. ein zur Zeit unbebautes Grundstück für Gemeindefürsorgezwecke erworben werden. Die Versammlung stimmt zu.

Die Vorlagen wegen Erwerbs von Straßenland für die Zufahrtsstraßen zu den geplanten Brücken im Zuge der verlängerten Mantelstraße und Eisenbahnstraße werden auf Antrag der Stadtv. Läden, Ranegold und Fried einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Aus Anlaß des Wiederaufbaus der am 9. Juni er. größtenteils niedergebrannten Heimstätte für genesende Männer in Hainersdorf wird die Errichtung einer Acetylengas-Anlage beantragt, deren Kosten auf 3000 M. veranschlagt sind. Im Vorl der Heimstätte zu Plankenburg soll statt des zur Vergrößerung der Aufenthaltsräume projektierten Anbaus an den Speisesaal eine geschlossene Halle aus Fachwerk, außerdem noch ein Kohlenstuppen hergestellt werden.

Für bauliche Veränderungen des Waisenhauses Alte Jakobstr. 83 werden 7400 M. extraordinär beantragt. Der Beginn der Arbeiten soll unverzüglich erfolgen, damit die vermehrten Räume zum 1. April 1901 in Benutzung genommen werden können.

Stadtv. Tolkendorf (Soz.) erklärt sich namens seiner Freunde für die Vorlage, wünscht aber gleichzeitig zu wissen, wann der geplante und so dringende notwendige Um- und Erweiterungsbau der Anstalt auf den anstehenden Grundstücken 34 und 35 beginnen wird.

Eine Antwort vom Magistratsrat erfolgt nicht; die Vorlagen werden angenommen.

Eine umfangreiche Vorlage des Magistrats bezweckt die Neuordnung der rechtlichen Stellung und der Besoldungsverhältnisse der Beamten und Angestellten bei den städtischen Betriebsverwaltungen in Anlehnung an das Kommunalbeamten-Gesetz vom 30. Juli 1899.

Auf Vorschlag des Vorstehers, der darauf hinweist, daß die Veratung ohne Schaden bis zur Vorlegung des Etats für 1901 hinaufgeschoben werden kann, wird der Gegenstand von der Tagesordnung abgelegt.

Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 7 Uhr.

Prozeß Sternberg.

37. Verhandlungstag.

Der heutigen Verhandlung wohnt Landgerichts-Präsident Braun bei.

Die neu geladenen Zeugen sind zur Stelle, ebenso die Zeugin Schnörwange.

Die gestern abend durch den Kriminalkommissar v. Treßlow in einem Quartier in der Alexanderstraße ermittelt worden ist.

Vrediger Dießellamp war als Zeuge darüber benannt worden, daß die Schnörwange die Kirchenkasse erbrochen habe, nicht eingekerkert worden sei und daß man vor ihren falschen Angaben allgemein Acht hatte. Der Zeuge kennt die Schnörwange gar nicht und kann zu dem Beweissthema nichts sagen.

Vrediger Griefe hat die Schnörwange im Konfirmationsunterricht gehabt. Sie hat einmal im Verdacht gestanden, im Kindergottesdienst einer andren Person 50 Pf. gestohlen zu haben, hat es aber bestritten. Sie ist vom Zeugen in der Konfirmation zurückgestellt worden, weil von der Staatsanwaltschaft gegen sie ein Verfahren wegen Diebstahls eingeleitet worden war. Sie ist dann aber ganz weggeblieben. Die Zeugin Schnörwange giebt zu, daß sie nicht eingekerkert sei.

Frau Semler, welche als ehemalige Hausnachbarin die Schnörwange kennt, kann besonders Wichtiges über das Mädchen nicht beibringen. Sie weiß nur, daß dasselbe ein lockerer Vogel ist.

Zeuge Steinte ist der Pfleger der Schnörwange. Er giebt derselben das Zeugnis, daß sie eine sittenverdorbenen Mädchen sei. Ihre Mutter, gegen welche Ungünstiges nicht zu sagen ist, geht handeln, der Vater ist dem Trank ergeben; den Eltern das Erziehungsrecht entzogen. Der Zeuge hat das Mädchen im Frühjahr 1899 in das Magdalenaenstift gebracht, von dort ist sie aber wieder zurückgegeben worden, weil sie die andren Mädchen verführe. Ueber ihre Unglaubwürdigkeit weiß der Zeuge nichts.

Verwalterfrau Grabowski bekennt, daß „alle Augenblicke“ über die Schnörwange von den Leuten erzählt wurde, daß sie gestohlen habe, sich herumtreibe usw. Etwas Bestimmtes, namentlich über die Unglaubwürdigkeit der Schnörwange, kann Zeugin nicht sagen.

Die Befundungen mehrerer andrer Zeuginnen zu demselben Thema sind ohne Belang.

Auf Befragen des Rechtsanwalts Fuchs schränkt die Zeugin Schnörwange einige früher von ihr abgegebene bestimmte Aussagen, die zu Ungunsten des Angeklagten ausfielen, dahin ein, daß sie diese Daten nur vom Hörensagen, von der Sauermann zc. habe. — Vors.: Sind Ihnen von irgend einer Seite 8000 M. geboten worden? — Zeugin: Nein. — Staatsanw.: Von Wolf und der Stabs ist doch auf Sie eingewirkt worden? — Zeugin: Wolf hat mir täglich das Fahrgeld hierher gegeben. Er hat mir außerdem gesagt, daß ich die Wahrheit sagen solle, ich würde später mein Gutes haben. — Staatsanw.: Hat nicht Wolf Ihnen laut gesagt, sie möchten die Wahrheit sagen und Leise hinzugefügt: Sie brauchen ja den Angeklagten nicht zu kennen. — Zeugin: Ja. — Die Zeugin wird vereidigt.

Angew. Sternberg: In der Stadt ist das Gerücht verbreitet gewesen, daß die Thatfache, daß die Zeugin drei Tage nicht zu finden sei, auf Machinationen von mir befreundeter Seite zurückzuführen sei. Ist davon irgend etwas wahr? — Zeugin: Nein. Da von allen Seiten auf weitere Weisungnahme verzichtet wird, wird diese endgültig geschlossen, und es ergreift das Wort zur Schuldfrage.

Staatsanwalt Braut.

Er beschäftigt sich eingehend mit der Glaubwürdigkeit der Hauptzeugin Frieda Wohda und kommt zu dem Resultat, daß Siterstädter trotz des verübten Ehebruchs in seinem Wirken in der Wohdalsache sich als ehrenhafter und pflichtgetreuer Beamter bewährt habe. Das ganze Auftreten der Wohda nach ihrem Unfall zu Gunsten Sternbergs zeige von Neuem über die angeblichen früheren Unwahrheiten keine Spur. Nun läme der von den Sachverständigen als Thatfache hingestellte sittliche Defekt dieses Mädchens in Frage. Es falle die Möglichkeit in Betracht, daß sie sich frei die bekannte Geschichte erfunden habe, daß sie Einbildungen nachhänge.

Von derartigen Einbildungen könnte man ja reden, wenn es sich um Klatsch und Tratsch handelte, bei dessen Weiterverbreitung jeder immer noch ein bißchen hinzusetzt. Von derartigen Dingen ist aber hier doch gar keine Rede. Frieda Wohda hat über ihre Erlebnisse mit keinem Menschen gesprochen ein ganzes Vierteljahr lang. Dann ist sie eines Tags von einem Schuymann abgeholt worden und nun sollte plötzlich die paar schmutzigen Wälder, die sie bei der Fischer gesehen hat, auf die Phantasie des Kinds so eingewirkt haben, daß sie sich eine solche Geschichte vollkommen ausdenken konnte. Selbst wenn man den Sachverständigen die theoretische Möglichkeit zugeben wollte, so trifft es doch hier in dem praktischen, konkreten Fall nicht zu. Weßhalb hat Frieda Wohda so lange geschwiegen? Sie sagt: aus Scham! Das dürfte nicht zutreffen. Der Frieda hat die Sache bei der Fischer offenbar Spoh gemacht, sie wollte deshalb auch ganz gern bei der Fischer bleiben und sie hat keinen Grund gehabt, ihre eignen Sünden einem andern zu beichten. Gewalt ist bei ihr nicht angewendet worden, das gebe ich ohne weiteres zu, das steht ja auch ganz deutlich in dem Brief, den Margarete Fischer an die Zeugin Pfeffer gerichtet hat. Ist es nach alledem ausgeschlossen, daß Frieda Wohda bewußt gelogen hat, daß sie sich die ganze Sache ausgedacht hat, so giebt es keine Motive für ihren Unfall, so muß man zu dem Resultat kommen, daß Frieda Wohda damals nach bestem Wissen Erlebtes erzählt hat. Das würde aber nicht ausreichen zur Ueberführung eines Manns; die Aussagen eines solchen Kinds können keine blühenden Beweismittel abgeben und kein Richter würde darauf allein verurteilen.

Aber es kommen noch viele Momente hinzu.

So Sternbergs Vorleben, das u. a. durch die impulsive Aussage des Fräulein Pfeffer ausgedeutet worden sei.

Da haben wir denn alle die Beschuldigungen angehört, mit denen sie das Verlangen Sternbergs nach jungen Mädchen, die aber „noch nicht alte Weiber von 15 und 16 Jahren sein durften“, klar darlegte, ferner alle die schneulichen Zumutungen, die er ihr selbst gemacht hat, als sie hungerte und darbt, und endlich die Privatität, mit der er ihr, die sich gegen diese Zumutungen mit dem Hinweis auf das Zuchthaus sträubte, sagte: „Na, was machen für Sie ein paar Jahre Zucht haus?“ Das war Sternberg! Der Pfeffer wird gewiß niemand im Saale die Glaubwürdigkeit verlangen! Kein Mensch wird der Spul- und Gespenstergeschichte des Angeklagten über das angebliche Komplott glauben. Jetzt wird das immer klarer, nachdem wir den Brief der Fischer an Fräulein Pfeffer kennen, dessen Ertüchtigung Sternberg selber auch konnte.

Das ist aber noch nicht alles. Auch andre Zeugen und die Schnörwange haben uns Specialfälle von den unzünftigen Handlungen des Angeklagten mitgeteilt. Der gegen die Glaubwürdigkeit der Schnörwange noch zuguterletzt inscenirte Sturm war geradezu „erschütternd“. Im übrigen kann sich doch Herr Sternberg über das hier aufmerksamerweise weibliche Zeugenmaterial gar nicht beschweren. Die Schnörwange ist sicher keine Augenperle, aber Geheimratsdichter werden sich gottlob nicht mit ihm abgeben haben! Er hat sich in dem Schlamm der StraÙe bewegt, und wenn die Gestalten aus diesem Schlamm hervorgeholt werden und nur vor Gericht erscheinen, so kann er sich nicht darüber beschweren! Er verlebte in dem der Unzucht dienenden Quartier der Margarete Fischer. Kein Mensch war zweifelhaft, daß er der Vater sei, schließlich hat es auch Margarete Fischer zugegeben. Er behauptet, er habe diese befehlt, um mit ihr zu „plaudern“. Er hatte wohl in der Nähe noch mehr solche Plauderwälder gehabt. Sternberg sei doch ein gebildeter Mann, und niemand wird es ihm glauben, daß er — wenn er auch einen unglaublich schlechten Weisnach gehabt hat, sich gerade eine Person wie Frau Müller zum Plaudern aussuchen wird.

Margarete Fischers Brief.

Sternberg hat das Zeugnis der Margarete Fischer gefürchtet. Hätte die Fischer sich nur der Kuppel schuldig gemacht, so hätte er keine Furcht davor haben brauchen, als Zeuge aufzutreten. Die Wender hat er nicht gefürchtet, denn er wußte: sie macht ein freundliches Gesicht und macht ihre Aussage, und dann bist du herans. Aber die „Gere“ hat er nicht herhaben wollen. Hier wurde ihr Zeugnis verlangt; die Rechtsseite war ein Telegramm nach Rew Port: „Nicht herüberkommen! Der Staatsanwalt wird Dich nicht wieder weglassen.“ Thatächlich hat man der Gere Fischer auch Geld dafür geboten, daß sie falsch auszusagen solle. Wenn noch ein Zweifel

bestehen könnte, daß Sternberg im Fall Wohda schuldig ist, so wird dieser Zweifel gelöst durch einen Brief der Margarete Fischer an die Pfeffer. Dieser Brief giebt ein vollkommenes Bild von dem Seelenzustand der Schreiberin; sie bemüht sich zu gestehen und hochweil herauszubringen, was vorgenommen ist. Ein Expressbrief ist dieser Brief nun und nimmer. Es ist geradezu eine Kühnheit gewesen, diesen Brief als Entlastungsmittel benutzen zu wollen. Man hatte nämlich gesagt, wenn der Brief zuerst der Verteidigung in die Hände gefallen wäre: dieser Brief belastet, aber weil ein Komplot besteht, so ist er nicht wahr und entlastet deshalb. Auf so etwas wird sich, glaube ich, das Gericht im Leben nicht einlassen. Aus den Umständen, wie der Brief gekommen und gefunden worden ist, kann absolut kein andrer Schluß gezogen werden, als daß er ein Geständnis enthält. Deshalb ist er der Schlüsselstein in dem Gebäude, das ich Ihnen vorgeführt habe, um die Schuld des Angeklagten im Fall Wohda nachzuweisen.

Die Fälle Callis und Teichert.

Der Fall Callis hat als solcher auszuweisen, aber er charakterisiert doch den Angeklagten. Die Callis hat unter dem Eide belundet, daß sie mindestens sechs- bis siebenmal mit ihm zusammengekommen sei, und auf die Verteidigung haben die Szenen, die sich abgespielt haben, insoweit Eindruck gemacht, daß die Erklärung abgegeben wurde, Sternberg wolle das nicht weiter bestreiten. Die Callis hat ausgesagt, daß sie nur deshalb die Unwahrheit gesagt habe, weil man ihr in Aussicht gestellt hatte: Wenn Du schwören mußt und fällst mit der Geschichte herein, dann bekommst Du Geld und gehst ins Ausland.

Die Teichert läßt. Sie hat nach dem Bilde Sternberg ursprünglich erkannt und sagt jetzt, er ist es nicht. Sie braucht ja nicht zu schwören! Sie hat 600 M. bekommen; ihre Eltern leugnen, daß sie die 600 M. bekommen hätten. Das mag sein; die Teichert ist eben eine verdorbene Person und es kann ja sehr leicht sein, daß sie die 300 M. mit ihren Freundinnen verjagt hat oder sonst irgend ein Abnehmer ihr davongeholen hat. Die Teichert war damals schon ein verdorbene Mädchen; Sternberg hätte sich sagen müssen, daß sie auch unter vierzehn Jahre alt sein könnte, und er hat sich dies auch gesagt. Es liegt also mindestens der dolus eventualis vor.

Das Strafmaß.

Ist der Angeklagte also schuldig, so tritt die Frage nach mildernden Umständen und nach dem Strafmaß heran.

Der Angeklagte Sternberg hat das vorige Mal milde Richter gefunden, und es kann im Fall Wohda auf eine höhere Strafe, als das vorige Gericht festgesetzt hat, nicht erkannt werden. Aber das muß ich sagen, wenn irgend einem keine mildernden Umstände zugebilligt werden können, dann ist es der Angeklagte Sternberg. Der sich so verteidigt, wie sich Sternberg verteidigt hat, geht der mildernden Umstände unter allen Umständen verlustig.

Der Staatsanwalt kommt auf die Art zu sprechen, wie Sternberg in dem Prozeß seine Millionen spielen ließ. Der Staatsanwalt hätte die Anklage erhoben, der Gerichtshof vielleicht eine halbe Stunde beraten, und der Angeklagte wäre abgerichtet worden — wenn der Angeklagte nicht Sternberg, sondern vielleicht ein armer Fabrikarbeiter gewesen wäre!

Sternberg hätte leicht Aufklärung verschaffen können, wenn er es hätte wollen, er hat uns dagegen in dieser Verhandlung eine Sorte Menschen vorgeführt, auf deren Kennzeichnung ich nicht näher eingehen will. Und mit welchen Mitteln ist gekämpft worden?

Bestechung und Beeinflussung

von Zeugen waren an der Tagesordnung, die Detektivs des Angeklagten drängten sich in der unverschämtesten Weise bis an die Thüren des Gerichtssaals, um die Beamten zu beobachten. Was wurde nicht alles aufgeboten, um die Wahrheit, nach der wir alle ledigen, zu verdunkeln! Was hat Sternberg durch die Art seiner Verteidigung für Unheil angerichtet! Wenn er das alles bereitst vor seinem ewigen Richter verantworten soll, was er über eine große Menge seiner Mitmenschen heraufbeschworen, dann wird ihm wohl jetzt schon die Last zu schwer werden. Man bedenke: zwei Anwälte haben den Verteidiger verlassen müssen, ein dritter hat ebenfalls ein Disziplinarverfahren zu erwarten; Rechtsanwält Dr. Halpert, welcher wohl wie eine Motte ins Licht geflogen ist, hat sich schwere Unannehmlichkeiten zugezogen. Lippa hat sich, um seinem Herrn zu dienen, schwerer Verletzungen schuldig gemacht und flüchten müssen, Kriminalkommissar Thiel, der Agent Wolff und Frau Stabs befinden sich in Haft, Popp und die Suchard sind flüchtig. Und wer weiß, welche weitere Folgen dieser Prozeß noch haben wird?

Es werden noch

schwere Straftaten zur Erörterung

kommen, und ich hoffe, daß ich auch deren Verleher noch hier vor Gericht sehen werde. Sternberg erklärt: „Ich kann nicht für das, was meine Freunde ohne mein Zutun für mich thun, verantwortlich gemacht werden.“ Wer solche Dienste leistet, wie Lippa sie geleistet hat, der weiß auch, wenn er sie leistet, und er weiß auch, daß Sternberg Verbrechen begangen hat, und er hat zum Verbrechen gegriffen, um den armen unglücklichen Mann zu befreien. Ein solcher Angeklagter, dessen ganze Vergangenheit in moralischer und geschäftlicher Beziehung strupplos, rüchloslos, anständig ist, der es gewagt hat, den Dollar rollen zu lassen, gegen die staatliche Justiz mit seinem schändest Mannon einzugreifen in einer Weise, die einem das Blut in die Schläfen treiben möchte, der seine Millionen benutzt hat, um die festen Säulen der Justiz ins Wanken zu bringen, dieser Mann, wenn er jetzt von der Justiz niedergeworfen wird, verdient keine mildere n Umstände, trotzdem die Teichert ein verdorbene Geschöpf war, dem weder sittlich noch körperlich ein Schaden zugefügt ist.

Die Strafanträge.

Ich beantrage wegen des Falles Wohda die in der ersten Instanz festgesetzte Gefängnisstrafe von zwei Jahren, wegen des Falles Teichert eine Zucht hausstrafe von zwei Jahren, und bitte, diese beiden Strafen zusammenzufassen in eine Gesamt-Zucht hausstrafe von drei Jahren. Außerdem beantrage ich gegen Sternberg Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre auszusprechen.

Dann komme ich zur Anta Wender. Sie hat sich fortwährend als eine verdorbene Lüge hingestellt und sieht wohl nicht ein, daß eine Lüge dadurch nicht besser wird, daß man sie mit lächelndem Munde anspricht. An ihrer Beteiligung kann kein Zweifel sein. Ich beantrage gegen sie sechs Monate Gefängnis.

Lippa ist plötzlich in augenblicklicher Vertümmung geflohen. Es liegt nahe, daß anher dem Verdacht der Begünstigung auch der Verdacht der Vertümmung zum Meisende ihn trifft. Es liegt also Idealkonklurrenz mit einem andren Verbrechen vor, und da wir ihn nicht haben, so beantrage ich die Aufhebung des Urteils gegen ihn. Das kann ich aber sagen, kriegen wir ihn, so wird er sicher mehr bekommen als ein Jahr.

Gegen die Scheduling beantrage ich 20 Tage wegen Begünstigung und drei Tage wegen der Beleidigung im Gerichtssaale, insgesamt drei Wochen Gefängnis.

Oberstaatsanwalt Dr. Heubtel

geht auf die Straftaten des Angeklagten nicht besonders ein, sondern kommt nach einer Lobrede auf seinen Amtskollegen Dr. Braut auf die Verteidigung zu sprechen.

Es sei fern von mir, hier irgend etwas Belastendes über die Herren Rechtsanwälte zu sagen. Hier ist nicht der Platz dazu, und ich will hier keinerlei Rückschlüsse auf die freie Advokatur zc. ziehen, wie dies in der Presse geschehen ist. Das muß an andrer Stelle erörtert werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 21. Dezember.

Cyranus. 5. Sinfonie-Abend der Königl. Kapelle.

Schauspielhaus. Johannnacht bei Buchholzens. Die Dienstboten. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.

Deutsches. Michael Krauer. Anfang 7 1/2 Uhr.

Leipzig. Johannisthener. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Gahnel im Wetterbüschchen. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichshallen. Die Dame von Karim. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Die Viedersprobe. Anfang 7 1/2 Uhr.

Welken. Die weiße Dame. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central. Geschlossen.

Secessionsbühne. Der Selbsthater. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller. Die Tochter des Herrn Fabricius. Anfang 8 Uhr.

Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.

Kaiser. Der Roland von Berlin. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Lata-Lata. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weisk. Geschlossen.

Velle-Milano. Die Passionspieler von Oberammergau. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Fräulein Lorelei. Anf. 8 Uhr.

Palast. Geschlossen.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Passage-Panopticum. Spezialitäten-D-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.

Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: „Die Weltausstellung in Paris.“ Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).

Freitag, abends 8 Uhr: **Die Tochter des Herrn Fabricius.** Schauspiel in 4 Aufzügen von Adolf Wilbrandt.

Sonabend, abends 8 Uhr: **Die Tochter des Herrn Fabricius.**

Sonntag, abends 8 Uhr: **Die Maschinenbauer.** — Montag: Geschlossen.

Secessionsbühne.

Alexanderstr. 40. **Der Leibalte.** Komödie in 3 Akten v. Gotthard Schmidt. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sonntag, den 23. Dezember, nachmittags keine Vorstellung.

Central-Theater

Heute, Freitag wegen Vorbereitung zu **Die Schöne von New York** nachmittags und abends keine Vorstellungen. Die Billetts jedoch bis von 10-2 Uhr und von 6-8 Uhr geöffnet.

Sonabend, den 22. Dezember, zum erstenmale: **Die Schöne von New York** (The belle of New York). Burleske Operette in 3 Akten von Benno Jacobson, Musik von Gustav Karler. Sonntag, den 23. Dezember, nachm. 3 Uhr zu halben Preisen: **Die Weisheit.** Abds. 7 1/2 Uhr: **Die Schöne von New York.**

Dienstag, den 25., Mittwoch, den 26., Donnerstag, den 27., nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: **Die Weisheit.** Abends 7 1/2 Uhr: **Die Schöne von New York.**

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132. Heute, Freitag, geschlossen. Sonnabend nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung (A. Freile): **Suewittchen** und die sieben Zwergen. — Abends geschlossen. Sonntag, zum erstenmale: **Der Hexenmeister vom Teufelsberg.** Hierauf: **Die kalte Hand,** oder: **Der Prozeß ohne Ende.** Anfang 8 Uhr. — Montag geschlossen. Dienstag und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Am 3. Freitag, nachmitt. 3 1/2 Uhr Kindervorstellung (keine Preise): **Die Weltgenprinzessin.**

Thalia-Theater

Tresdenstr. 72. Heute und folgende Tage: **Amor von heute.** Große Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz in 3 Akten von A. Aren u. H. Schönfeldt. Musik v. G. Wanda. Herren: Thomas, Thielhöfer, Delmerding, Juntermann, Gausmüller und die Damen: Wilton, Klau, Boje, Wamowit, Wehling, Junfer-Schay. Anfang 7 1/2 Uhr.

Am allen Weihnachts-Feiertagen: **Amor von heute.**

W. Noacks Theater.

Brennenstraße 16. **Geschlossen** bis Sonntag, den 23. Dezember. Am 1. Weihnacht-Feiertag: **König Allgold** oder: **Die drei Thronen.**

NUR ECHT MIT DIESEM STEMPEL

BAER SOHN MACCO 8 FACH

SCHNEEWEISSE, IM GEBRAUCH BILLIGSTE

MACCO-KRAGEN 1 M. 180

IN 10 FAÇONS.

Oberhalb aus vorzüglich feinstem Macco-Gewebe. Vorlich gebarben um prima Einlage. Bestand weiss und vorzüglich auch der Wäsche. Nur echt mit diesem Stempel. In den 10 abgebildeten Façons: ALTA, MAR, ODER, WEISER, DONAU, NEUPAR, CLEC, MOSEL.

DAS HALBE DUTZEND

BAER SOHN

Herren- und Knaben-Ausstattungen

Chausseestrasse 24a/25. Brückenstrasse 11.

URANIA * * *
Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Die Weltausstellung in Paris.“
Invalldenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Neu! Dahomey-Dorf. Neu! 39 wilde Weiber von der Leibgarde des Königs Behanzin. Kriegs- u. Gefechts-Szenen, Exercitien, Nationaltänze. Vorstellung: 12 Uhr mittags, nachm. von 3-10 Uhr stündl. „Allerseelen“, neue Illusion! Russ. Damenkapelle Zarina. Entree 50 Pf. Militär u. Kinder 25 Pf.

Passage-Theater
Unter den Linden 22.
D-Vorstellung
(Nachmittags 3 Uhr bis abends 11 Uhr.)
Tägl. Auftreten **The Brazil Girl**
2. Seebataillon 3 Compagnie 16 Nummern.
Eintr. (soweit der Raum reicht) inkl. Panopticum 50 Pf.

Palast-Theater
früher Foen-Palast, Burgstr. 22.
Wegen Vorbereitung zu den Feiertagen bleibt das Theater bis inkl. 24. Dezbr. geschlossen.
Som 25. Dezember ab:
Riesen-Weihnachtsfest-Programm.
— Bitte neue Sensationsnummern. —
Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf.
Die Opernarten haben bis inklusive Sonnabend, den 29. Dezember keine Gültigkeit.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Henry Bender als Debüt. Mit vollständig neuer Ausstattung
Eine tolle Nacht.

Apollo-Theater.
Täglich um 8 Uhr:
Fräulein Lorelei.
Horence Esdaik, Cäcilie Carola, Milli Capell, Miss Bresina, 10 Spezialitäten.
Neueste Aufnahme des Meisterschen Kosmograph: **Einzug unserer Chinatruppen** in Berlin am 16. Dezember.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke.
Täglich 4 ausländische 4 Kapellen
Gr. Theater-Vorstellung.

Cirkus Schumann.

Heute, Freitag, den 21. d. M., abends präc. 7 1/2 Uhr: **Wohltätigkeits-Vorstellung** zum Behen des fünften Volkshilfsvereins des Nationalbundes für Veteranen. Großartiges Gala-Parforce-Programm. Kultur. sämtl. neu engagierten Spezialitäten, sowie Auftreten der besten Kunststoffe, Damen und Herren in ihren Glanzleistungen. Vorführung der neuesten anerkannt unerreicht bestehenden Original-Schau- und Freiheit-Dressuren des Direktors H. Schumann. Zum Schluss zum 90. Male: **Der Schläger der Saison.**

CHINA.
Größtes Reagen- und Wasserstands- und Gegenwart. Sämtliche neue Einlagen. Ganz neue Wasser-Heize. Feendhafte Licht-Effekte. Darstellendes Personal 800 Personen.
Sonntag 2 große Vorstellungen, nachm. 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei.

Cirkus Busch

Freitag, den 21. Dezember, 7 Uhr: **Fest-Vorstellung** zum Behen des Invalidenheims der Kaiser-Wilhelm-Stiftung bei Reu-Babelsberg.

Zum 2. Male: **„Die eiserne Maske“**
Großes histor. Novegen-Schauspiel in 4 Akten und 3 Hauptbildern. Original-Pantomime d. Cirkus Busch. 600 mitwirkende Personen. 120 Pferde.
Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Sonntag, den 23. Dezember, nachmittags 4 Uhr: **Berliner Landpartien**, wozu jeder Erwachsene auf allen Spielplätzen 1 Kind frei hat, weitere Kinder die Hälfte.

Für den Weihnachtstisch.
Wir laden unsre Genossen zwecks Beschaffung ihres Weihnachtstischs ein zur Beschäftigung unsres **Reichen Tagers** von **Büchern zu Festgeschenken**
Bilderbücher — Märchenbücher — Gedichtsammlungen
Billige Klassiker-Ausgaben,
Geschichtliche und naturwissenschaftliche Werke.
Jugendchriften
In allen Preislagen von 15 Pf. bis 100 Pf.
Bereine, Klubb u. s. w. machen wir für ihre Weihnachtserlösnung hierauf speziel aufmerkham.
Besonders geeignete Festgeschenke bilden unsre **Kunstblätter in Kupfer-Radierung**
Bebel, Liebkecht, Singer, a. M. 1,50, in Rahmen 5 u. 6 M. Größe 55 x 40 Centimeter.
Als besondere Weihnachtsgabe für die Leser des „Vorwärts“ bieten wir wie im Vorjahre **Kunstblätter Marx u. Engels in Kupfer-Radierung**
Größe 85 x 65 Centimeter zum Vorzugspreise von 10 Pf. —
Expedition und Buchhandlung Vorwärts, Seuthstraße 2/3.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erklaffige. Direktion:
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hall.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Reichshallen.
Täglich: **Stettiner Sänger.**
Anfang 8 Uhr.
Vorher: Konzert.

Sanssouci
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nord-Sänger.
Anfang Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. Von 5-7: **Unterhaltungsmusik.**
Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf. Nach jed. Satire: **Tanzkränzen.**
Wochentags Tanz frei.
Bereine- und Vorzugsbillets wochentags gültig. Bitte zu Festlichkeiten und Versammlungen.

Cirkus Jansly.
Schöneberg, Hauptstrasse.
Von Montag, den 17., bis inkl. 24. Dezember bleibt der Cirkus wegen banlicher Veränderung geschlossen.
Wiedereröffnung: 1. Weihnachtst-Feiertag.

Passage-Panopticum.
Neu! **China in Berlin.**
Krao, Hindugebiet zwischen Wensch und Uffe.
Liza, das 12-jähr. Mädchen.
Eintritt einschließl. Theater 50 Pf.

Größte Weihnachtsmeße und schönste Weihnachtsmeße
Ausstellung im Messpalast
Alexandruentstr. 110.
Täglich Konzert v. 5 Kapellen.
Mikroskop, Paritäts, Mykroskop des 20. Jahrhunderts. Erleuchtung aus der überhörmten Welt. Kaiser-Panorama. Höhe u. Nordpol. Höhen-Paritäts. Sonntag: **Gr. Ball** bei 20 Mann harter Kapelle. Entree frei und 10, 20, 30 Pf.
Dir. Kranz.

Charlottenburg.
H. Scherberg (56533)
Wilmerdorfer-Strasse 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von **Uhren** und **Goldwaren** zu außerh. billigen Preisen.
Optische Artikel, Ombächer werden schmerzlos gelöst.

Theater- u. Kostengarderobe
von **Berthold Schröder,**
W., Passauerstrasse 3,
empfiehlt sich den werthen Genossen zum Ankaufen von lebenden Bildern, Theaterkostümen für Bereine, Stützungs- feste u. 6759*

Original [2001] Künstler-Walzen
unerreicht in Ton u. Klangfülle
Sensationelle Neuheiten.
Hochinteressant.
Tadellos funktionierender
Phonograph mit 20 m
Phonographen-Vorstandhaus
Leopold Ruben
Berlin, Gr. Frankfurterstr. 90.

Gardinenhaus
Bernhard Schwarz
Wallstr. 29
Flur-Gang.

Bitte machen Sie einen Versuch mit
Gottmanns Normal-Hut
Das Beste! Stück
Bis jetzt Unerreichte!! 2,90.
Gr. Frankfurterstr. 130 und 117.

Hasen, 3, 25 und 3, 50 auch 4, 50
Rebente von 4,50 an. gefüllt.
Hirschfleisch 25, 30, 40.
Speckhälften u. Rind 70 u. 80.
Oderbr. Gänse 55 u. 58 Pf.
A. Ritschl, Tresdenstr. 61.

Wegen vollständiger Geschäftsaufgabe
Goldwaren 20 Proz. Rabatt.
Brillanten und Ketten 15 Proz. Rabatt.
Reiche Auswahl, moderne Ware. Raselle Bedienung.
J. Weisse, vorm. Lange, Landsbergerstrasse 81.
54 Jahre bestehend.

Arbeiter! Organisiert den Konsum!

Berliner Konsum-Genossenschaften und Umgegend:

Konsum-Verein Berlin-Rixdorf.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
1. Verkaufsstelle: Rixdorf, Zietenstr. 31.
2. - Berlin, Büdlerstr. 38.
3. - Berlin, Faldenheinstr. 6.
4. - Rixdorf, Sobredrstr. 82.

Konsum-Verein Berlin-Nord.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
1. Verkaufsstelle: Bismarckplatz 1.
2. - Chorinerstraße 40.
3. - Dittmannstraße 19.
Aufnahmestellen: Meadit, Buttlstr. 10 bei Franz Schulz. 29 bei Kleinert. Pankow, Berlinerstr. 78 bei Frau Werner.

Konsum-Verein Berlin-Süd.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
1. Verkaufsstelle: Brandstraße 5.
2. - Gräfelstraße 40.

Konsum-Verein für Schöneberg und Umgegend. (Eingetrag. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.)
1. Verkaufsstelle: Apolli-Paulusstraße 27.

Konsum-Genossenschaft Friedrichshagen u. Umgeg.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)
1. Verkaufsstelle: Friedrichstraße 98.
Geöffnet von 8-8 Uhr. Sonnabends bis 9 Uhr. Sonntag geschlossen.
Der Verkauf findet nur an Mitglieder statt. Die Mitgliedschaft kann in jeder Verkaufsstelle gegen Einzahlung von 50 Pf. erworben werden.
Frauen, Arbeiter! Hiermit ist Euch eine Gelegenheit geboten, Eure Lebenshaltung zu verbessern, Eure wirtschaftlichen Interessen selbst in die Hand zu nehmen. Schließt Euch obengenannten Konsum-Vereinen an. Frauen! Verschont Eure Hundshaft nicht!
NB. Kaufkraft geben die betreffenden Vorstände der Vereine. (387/13)

Im **Weihnachts-Ansverlauf** enorm billig!

Jackets

5 M. 6 M. 8 M. 10 M.
Stoff-Capes, belidit, 6, 8, 10 M.
Wattierte Mäder
Abend-Mäntel
grosses Lager in allen neuen Farben und Façons mit den neuesten Pelzarten garniert 6, 8, 10, 15 M.
Fertige Kleider
Blusenkleid, sehr beliebtes Weihnachts-Geschenk aus reinwollenen Winter-Geweb.
13 M. 50 Pf.
Balkkleider 15, 20, 25 M.
Schwarze Kleider 18, 20, 30 M. (3633)*
Seidene Kleider 40, 50 M.
Unterröcke, Blusen-hemden, Matinées und Morgenröcke
2 M., 3 M., 4 M., 5 M.
Kleider-Röcke
in den neuesten Façons, schwarz und farblich, auf Futter 6 M., 7 M., 10 M., 12 M.
Zurückgesetzte Kleider
früher 20 bis 50 M. jetzt 9, 12, 15 M.
Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

Weihnachtsbäume
sehen für unsere Freunde u. Gönner billig zum Verkauf. Engros & detail.
Tropfen-Halteplah
Zettiner Bahnhof. 1600b **Otto Fritsche.**

Die Trauringe, Goldwaren, Uhren laufen, beachten Sie bitte unsere ermäßigten, billigen Preise. Welcher Verheiratete sich die von uns gelieferten Trauringe erfreuen, beweist am besten die fortwährend steigende Produktion.
E. Wolf & Stiller,
Berlin W., Friedrichstraße 68, Hof (im Laden). (54503)*

Der Dasbach-Prozess.

Aus den weiteren Verhandlungen von der Strafkammer in Trier sind die Erörterungen interessant, welche den Anlauf der in Berlin erscheinenden „Märkischen Volkszeitung“ betreffen. ...

— Präsi.: Zeuge Vannenberg, wie steht die Sache? Es wird hier unverständlich der Vorwurf erhoben, daß Ihr Zeugnis gefälscht ist? — Zeuge Vannenberg: Es ist richtig, daß Herr Dasbach mir die 1500 Exemplare meines Dramas abgekauft hat und zwar für den Preis von 5000 M. ...

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Inhörerarten zu der am 27. und 28. Dezember et. im Gewerkschaftshause tagenden zweiten Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg sind bei den Vertrauensleuten umsonst erhältlich. ...

Die Parteigenossen des sechsten Reichstags-Wahlkreises Moabit veranlassen am Mittwoch, zweiten Weihnachtstags, in der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47-49, eine große Matinee, zu der hiermit eingeladen wird. ...

Die Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt veranlassen am 26. Dezember (2. Weihnachtstags) eine Matinee unter Mitwirkung der Norddeutschen Sängler mit reichhaltigem Programm. ...

Der Sozialdemokratische Verein Johannisthal und Nieder-Schneeweide hält seine Mitgliederversammlung am 22. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Mertins ab. ...

Reinickendorf. Der Wahlverein hält am Sonnabend im Lokal von Waldemar Schneider, Wilhelmstraße, seine Mitgliederversammlung ab. ...

Wilmsdorf. Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins, welche noch mit Beiträgen im Rückstande sind, werden ersucht, möglichst umgehend zu bezahlen, um dem Kassierer bis zum 1. Januar, wo unser Anschluß an den Central-Wahlverein des Kreises stattfindet, eine Abrechnung zu ermöglichen. ...

Lokales.

Der Sternberg-Prozess, der nun seit so langen Wochen das Tagesgespräch bildet, wird am heutigen Donnerstag vorläufig zu Ende gehen. ...

Im übrigen war gestern großer Tag in Moabit, und all die zweifelhaften Figuren aus dem dunkelsten Berlin, die während der letzten Wochen ihre Rolle zu spielen hatten, wurden noch einmal an dem geistigen Auge der Teilnehmer vorübergeführt. ...

Und noch zu manchen anderen Bemerkungen giebt die Rede des Staatsanwalts Veranlassung. „Wenn der Angeklagte ein armer Fabrikarbeiter gewesen wäre, so wäre er nach halbständiger Verhandlung verurteilt worden“. ...

sieben Wochen lang mit dem Fall des Millionärs Sternberg zu befaßt. Ist es auch nur denkbar, daß dies einem wegen ähnlichen Vergehens angeklagten Arbeiter geschehen könnte?

Dann die Entrüstung auf Seiten der Anklagebehörde über das von Sternberg aufgebotene Spitzelheer. Sogar Kriminalbeamte seien von den Privatspiegeln observiert worden. ...

Die Staatsanwaltschaft möge nur dafür sorgen, daß das „amtliche“ Belauern und Belauschen ahnungsloser Mitmenschen eingestellt wird. ...

Die Stadtverordneten-Versammlung

hat gestern dem vom Magistrat vorgelegten Entwurf eines Ortsstatuts über die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustriellen zugestimmt. ...

Sternbergs Opfer. In der Affäre Sternberg hat eine weitere Verhaftung stattgefunden. Eine Frau K. w. e., Putzmeisterin, war vor den Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Brandt geladen, weil sie unter dem dringenden Verdacht steht, vor Jahren eine ähnliche Rolle gespielt zu haben wie Margarete Fischer, jetzige Frau Müller. ...

Die Voruntersuchung gegen den Kommissar Thiel wegen Verletzung im Amte ist gestern geschlossen worden. ...

Die Berliner Brauereien haben auch im verflossenen Jahr durchweg vorzügliche Geschäfte gemacht. An der Spitze steht diesmal bei der Gewinnverteilung die Bergschloßbrauerei, deren Aktionäre bei 95 740 Hektoliter Absatz 20 Proz. Dividende erhalten. ...

Der Verein für Krankenlischen macht in einer an uns gerichteten Zuschrift auf seine Bräuder 10 eingerichtete Klische aufmerk. Es kostet ein halber Liter Bouillon mit einem Stück Huhn als Einlage 25 Pfg., ein Mittagessen Suppe mit Fleisch und Gemüse allein 50 Pfg., größere Portionen Mittagessen kosten 75 Pfg., 1 M. 25 Pfg. und 2 M., einzelne Speisen 40 Pfg. und 50 Pfg. ...